Fünfunddreißigstes Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz


Artikel 83 wird wie folgt geändert:

In Absatz 2 Satz 2 wird die Ordnungszahl „30.“ durch die Ordnungszahl „60.“ ersetzt.

Artikel 2
In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Landesgesetz
dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg,
Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung
und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1


§ 2

Das Landesplanungsgesetz vom 10. April 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch § 60 des Gesetzes vom 28. September 2005 (GVBl. S. 387), BS 230-1, wird wie folgt geändert:

1. § 13 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 wird das Wort „Rheinpfalz“ gestrichen.
   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Nummer 4 wird gestrichen.
      bb) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4.
   c) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:
   d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

2. In § 14 Abs. 7 wird die Verweisung „§ 13 Abs. 4“ durch die Verweisung „§ 13 Abs. 5“ ersetzt.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Staatsvertrag
zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet

Inhaltsübersicht

Überschrift
Präambel
Artikel 1 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Artikel 2 Errichtung des Verbandes Region Rhein-Neckar
Artikel 3 Aufgaben des Verbandes
Artikel 4 Beteiligungen
Artikel 5 Aufstellung, Fortschreibung und sonstige Änderung des Regionalplans
Artikel 6 Organe
Artikel 7 Verbandsversammlung
Artikel 8 Wahl der weiteren Vertreterinnen oder Vertreter
Artikel 9 Verwaltungsrat
Artikel 10 Ausschüsse
Artikel 11 Verbandsvorsitzende oder Verbandsvorsitzender
Artikel 12 Verbandsdirektorin oder Verbandsdirektor
Artikel 13 Raumordnungskommission
Artikel 14 Deckung des Finanzbedarfs
Artikel 15 Aufsicht
Artikel 16 Umbildung von Körperschaften
Artikel 17 Übergangsarten für Pläne
Artikel 18 Weiterführung des Vorsitzes
Artikel 19 Vertragsdauer
Artikel 20 In-Kraft-Treten

Staatsvertrag
zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz
über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet

Im Interesse einer auf gemeinsame Zielvorstellungen ausgerichteten und aufeinander abgestimmten Raumordnung und -entwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet schließen die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz folgenden Staatsvertrag.

Artikel 1
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

(1) Im Rhein-Neckar-Gebiet sollen alle Aufgaben der Raumordnung einschließlich der Regionalplanung, die über das Gebiet eines der vertragschließenden Länder unmittelbar oder mittelbar hinauswirken, sowie Aufgaben der Regionalentwicklung in ständiger Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der Interessen benachbarter Räume wahrgenommen werden.


Artikel 2
Errichtung des Verbandes Region Rhein-Neckar


(3) Der Verband ist Rechtsnachfolger des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, der Planungsgemeinschaft Rheinpfalz
und des Regionalverbandes Rhein-Neckar-Odenwald (Gesamtrechtsnachfolge).


Artikel 3
Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband ist Träger der Regionalplanung für das Verbandsgebiet nach Artikel 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3.

(2) Aufgabe des Verbandes ist die Aufstellung, Fortschreibung und sonstige Änderung eines einheitlichen Regionalplans für das Verbandsgebiet. Dabei sind die Ziele der Raumordnung zu beachten und die weiteren Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen, insbesondere die Landesentwicklungsprogramme und -pläne sowie Vorgaben der Raumordnungs kommission (Artikel 13 Abs. 2).

(3) Planungen und Vorhaben des Verbandes, die besondere Interessen eines Landes berühren, sind vorab mit der jeweils zuständigen obersten Landesplanungsbehörde und den dafür zuständigen Fachressorts abzustimmen.

(4) Der Verband wirkt auf die Verwirklichung des einheitlichen Regionalplans hin, insbesondere durch regionale Entwicklungs konzepte und -programme. Er fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der für die Verwirklichung maßgeblichen öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts. Der Verband unterstützt die Zusammenarbeit von Gemeinden zur Stärkung Teilräumlicher Entwicklungen.

(5) Soweit es für die Entwicklung und Ordnung der räumlichen Struktur des Verbandsgebietes erforderlich ist, hat der Verband folgende umsetzungsorientierte Aufgaben und Zuständigkeiten:
1. Trägerschaft und Koordinierung für die regionalbedeutende Wirtschaftsförderung und das regionalbedeutende Standortmarketing,
2. Trägerschaft und Koordinierung für einen regional bedeutsamen Landschaftspark sowie Trägerschaft und Koordinierung von regional bedeutsamen Erholungseinrichtungen,
3. Koordinierung von Aktivitäten im Bereich der integrierten Verkehrsplanung und des Verkehrsmanagements sowie der Energieversorgung auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzepten,
4. Trägerschaft und Koordinierung für regional bedeutsame Kongresse, Messen, Kultur- und Sportveranstaltungen,
5. Trägerschaft und Koordinierung des regionalen Tourismusmarketing.

Artikel 4
Beteiligungen


(2) Zur Erfüllung regionalbedeutsamer Entwicklungsaufgaben kann der Verband Gesellschaften gründen und vertragliche Vereinbarungen schließen. Absatz 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

Artikel 5
Aufstellung, Fortschreibung und sonstige Änderung des Regionalplans


(2) Die Verbandsversammlung des Verbandes beschließt den einheitlichen Regionalplan für die Gebiete nach Artikel 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3 als Satzung. Der den Gebietsteil nach Artikel 1 Abs. 2 Nr. 2 betreffende Planinhalt ist von dem hessischen Regionalplanungsträger im Rahmen eines Regionalplan aufstellung- oder Änderungsverfahrens zu berücksichtigen.


(4) Die Ziele und Grundsätze des einheitlichen Regionalplans für die Gebietsteile nach Artikel 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3 werden durch eine Genehmigung der obersten Landesplanungsbehörde von Baden-Württemberg für verbindlich erklärt, die im Einvernehmen mit der obersten Landesplanungsbehörde von Rheinland-Pfalz erteilt wird, soweit regional plan wird durch den Staatsvertrag aufgestellt ist, sonstigen Rechtsvorschriften nicht widerspricht und sich in die vorgesehene räumliche Entwicklung des jeweiligen Landes einfügt.


(6) Kommt eine Genehmigung nach Absatz 4 mangels Einvernehmen nicht zustande, kann die jeweilige oberste Landesplanungsbehörde die Ziele und Grundsätze des Regionalplans für ihren Zuständigkeitsbereich genehmigen.

Artikel 6
Organe

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und die oder der Verbandsvorsitzende.

Artikel 7
Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten und Landräten der Kreise sowie aus den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern im Verbandsgebiet sowie aus weiteren Vertreterinnen und Vertretern. Die Landräten und Landräte sowie die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden im Falle der Verhinderung
durch ihre allgemeinen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten; für jede weitere Vertreterin und jeden weiteren Vertreter ist mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestellen. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.


(3) Für je 25.000 Einwohner entsenden die Wahlorgane eine Vertreterin oder einen Vertreter, für eine Beziehungswohnsiedlung von mehr als 10.000 Einwohnern eine weitere Vertreterin oder einen weiteren Vertreter. Auf die Zahl der Vertreter eines Landkreises werden die Landräte oder der Landrat angerechnet, auf die Zahl der Vertreter einer Stadt oder Gemeinde die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister. Die Zahl der zu wählenden weiteren Vertreterinnen und Vertreter wird jeweils rechtzeitig vor der Wahl von der Verbandsdirektorin oder dem Verbandsdirektor festgestellt und dem Wahlorgan mitgeteilt.

(4) Wähbar in die Verbandsversammlung ist, wer am Wahltag die Wahlbarkeit in die entsprechende Vertretung nach dem jeweiligen Landesplanungsgesetz besitzt.

(5) Weitere Vertreterinnen und Vertreter können nicht sein:
1. Beamten, Beamte und Angestellte des Verbands und
2. leitende Beamte, leitende Beamte und leitende Angestellte der in Artikel 15 genannten Behörden, die unmittelbar der Ausübung der Aufsicht befasst sind.


(7) Tritt eine Gewählte oder ein Gewählter nicht in die Verbandsversammlung ein oder scheidet sie oder er im Laufe der Amtszeit aus oder wird festgestellt, dass sie oder er nicht wählbar war, rückt die Bewerberin oder der Bewerber nach, der oder der der bei der Feststellung des Wahlergebnisses als nächster Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter festgestellt worden ist.

(8) Zu den Sitzungen der Verbandsversammlung sind die zuständigen oberen und höheren sowie die obersten Landesplanungsbehörden der vertragschließenden Länder einzuladen. Ihren Vertretern ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

**Artikel 8**

**Wahl der weiteren Vertreterinnen oder Vertreter**


(2) Über die Zulassung der Wahlvorschläge entscheidet das jeweilige Wahlorgan. Dieses stellt auch das Wahlergebnis fest.


**Artikel 9**

**Verwaltungsrat**

Die Verbandsversammlung bildet einen Verwaltungsrat. Näheres regelt die Verbandsversammlung.

**Artikel 10**

**Ausschüsse**

Die Verbandsversammlung kann durch Verbandsversammlung beschließende und durch Beschluss beratende Ausschüsse bilden.

**Artikel 11**

**Verbandsvorsitzende oder Verbandsvorsitzender**

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte die Verbandsvorsitzende oder den Verbandsvorsitzenden sowie deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Näheres regelt die Verbandsversammlung.

(2) Die oder der Verbandsvorsitzende vertritt den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Die oder der Verbandsvorsitzende ist ehrenamtlich tätig.
Artikel 12
Verbandsdirektorin oder Verbandsdirektor


(2) Die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor vertreibt die Verbandsvorsitzende oder den Verbandsvorsitzenden ständig, ausgenommen im Vorsitz der Verbandsversammlung.

Artikel 13
Raumordnungskommission


(3) Die Raumordnungskommission kann fachpolitische Abstimmungsprozesse anregen.

Artikel 14
Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Verband erhält für die Regionalplanung von jedem der vertragschließenden Länder jährlich einen Zuschuss. Die Höhe bestimmt sich nach den für das jeweilige Gebiet im Sinne des Artikel 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3 maßgeblichen Landesregelungen für derartige Zuschüsse, für das Gebiet im Sinn des Artikel 1 Abs. 2 Nr. 2 nach gesonderter Vereinbarung.

(2) Der Verband kann, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den in Artikel 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 genannten Landkreisen, Städten und Gemeinden eine Umlage erheben. Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr festzusetzen. Artikel 4 bleibt unberührt.

(3) Der Zuschuss für die Regionalplanung ist auf die Umlage der nach Absatz 2 Zahlungsverpflichten des jeweiligen Landes anzurechnen.


Artikel 15
Aufsicht


Artikel 16
Umbildung von Körperschaften


(4) Mit dem In-Kraft-Treten des Staatsvertrages werden die Arbeitnehmer der in Absatz 1 genannten Körperschaften Arbeitnehmer des Verbandes.

(5) Für die vorläufige Haushaltssatzung des Verbandes bis zum Erlass der ersten Haushaltssatzung gilt die Haushaltssatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltswahr 2005 als Haushaltssatzung des Vorjahr.

Artikel 17
Übergangsvorschriften für Pläne


(2) Bei In-Kraft-Treten dieses Staatsvertrages laufende Verfahren zur Aufstellung, Fortschreibung oder sonstigen Änderungen der in Absatz 1 genannten Pläne kann der Verband fortführen.

Artikel 18
Weiterführung des Vorsitzes

Der bisherige Vorsitzende des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter beruft die erste Sitzung der Verbandsversammlung nach der ersten Wahl ihrer Mitglieder ein.
Artikel 19
Vertragsdauer

Dieser Staatsvertrag gilt für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich jeweils um weitere zwei Jahre, wenn er nicht unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor seinem Ablauf gekündigt wird.

Für das Land Baden-Württemberg

Für das Land Hessen

Für das Land Rheinland-Pfalz

Artikel 20
In-Kraft-Treten


Günther H. Oettinger, Ministerpräsident

Roland Koch, Ministerpräsident

Kurt Beck, Ministerpräsident
Landesgesetz
zum Ausbau der frühen Förderung
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Kindertagesstättengesetzes


1. § 1 erhält folgende Fassung:

§ 1
Förderung der Erziehung in Kindertagesstätten und in Kindertagespflege


(2) Kindergärten sind allgemeine Erziehungs- und Bildungseinrichtungen vorwiegend für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schulbeginn. Sie sollen bei Bedarf die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch Kinder anderer Altersgruppen aufgenommen werden können (altersgemischte Gruppen); dies gilt insbesondere für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr.

(3) Horten sind Tageseinrichtungen für Schulkinder.

(4) Krippen sind Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr.


(6) Über die notwendige Tagesbetreuung in Kindergärten, Horten, Krippen oder Kindertagespflege hinaus, können andere geeignete Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung: „Grundsätze der Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten“.

b) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:


3. Nach § 2 wird folgender § 2 a eingefügt:

§ 2 a
Übergang zur Grundschule

(1) Der Kindergarten soll in dem Jahr, welches der Schulpflicht unmittelbar vorausgeht, möglichst von allen Kindern besucht werden. Hierauf wirken die Träger der öffentlichen Jugendhilfe hin.

(2) In diesem Kindergartenjahr wird nach Maßgabe der jeweiligen Konzeption insbesondere der Übergang zur Grundschule vorbereitet und über die allgemeine Förderung nach § 2 hinaus die Sprachentwicklung der Kinder beobachtet und durch gezielte Bildungsangebote gefördert.


4. § 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Elternausschüsse sollen sich örtlich und überörtlich sowie landesweit zusammenschließen; sie werden hierbei von den örtlichen und überörtlichen Trägern der Jugendhilfe unterstützt.“

5. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung: „Angebote im Kindergarten“. 

b) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung: „Kinder haben vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schulbeginn Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung im Kindergarten.“

c) Die Absätze 3 bis 5 werden gestrichen.


7. § 7 erhält folgende Fassung:

§ 7
Tagesbetreuung von Kleinkindern

Für eine Betreuung von Kindern, die noch keinen Anspruch auf Aufnahme in einen Kindergarten haben, soll das Jugendamt die bedarfsgerechte Bereitstellung von Plätzen in für diese Altersgruppe geeigneten Kindertagesstätten oder in Kindertagespflege gewährleisten.

8. Nach § 9 wird folgender § 9 a eingefügt:

§ 9 a
Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Qualität der Förderung in Einrichtungen, die in den Bedarfsplan aufgenommen wurden, durch geeignete Maßnahmen sicherstellen und weiterentwickeln. Diese Sicherstellungs
verpflichtung gilt insbesondere für Förderangebote nach § 2 a Abs. 2."


10. § 11 erhält folgende Fassung: „§ 11 Beförderung

Landkreise sowie Städte mit eigenem Jugendamt haben als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung die Beförderung von Kindern vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt, für die kein Platz in einem wohnungsnahen Kindergarten zur Verfügung steht und die deshalb einen Kindergarten in einer anderen Gemeinde oder in einem anderen Gemeindebereich besuchen, zu gewährleisten und die hieraus entstehenden Kosten zu tragen. Für Kinder vom vollendeten zweiten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr können die Landkreise und Städte nach Satz 1 die Beförderung im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten übernehmen, wenn die Erziehungsberechtigten die Aufsicht sicherstellen.“

11. § 12 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 Nr. 1 werden die Worte „nach der Vergütungsordnung des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) oder nach“ durch die Worte „auf der Grundlage des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) und den diesen ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen oder auf der Grundlage von“ ersetzt.
      bb) In Satz 2 werden nach der Bezeichnung „BAT“ die Worte „und den diesen ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen“ eingefügt.
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird in Nummer 5 die Zahl „4“ durch die Zahl „6“ ersetzt und nach der Regel „30 v. H.“ ein Komma angefügt sowie folgende Nummer 6 eingefügt:
      „6. für Kindertagesstätten nach § 1 Abs. 4 in kommunaler, freier oder anderer Trägerschaft in der Regel 5 v. H.“
      bb) In Satz 2 wird das Wort „alterserweiterten“ durch das Wort „altersgemischten“ ersetzt.
   c) Folgender Satz wird angefügt:
      „Werden in altersgemischten Gruppen Plätze für mindstens drei und höchstens sechs Kinder zwischen dem vollendeten zweiten und dritten Lebensjahr geschaffen, entfällt die Eigenleistung des Trägers für das dafür zusätzlich erforderliche Personal.“
   c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 Nr. 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
      bb) In Satz 2 Nr. 5 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
      cc) In Satz 2 wird folgende Nummer 6 angefügt:
      „6. 45 v. H. der Personalkosten für Kindertagesstätten nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 6.“
   dd) Folgende neue Sätze 3 und 4 werden eingefügt:
      „Das Land erstattet in den Fällen des Absatzes 3 Satz 4 den Trägeranteil. Das Land gewährt Zuweisungen an die Träger der Jugendarmer zur Erstattung der nicht erhobenen Elternbeiträge an die Träger der Kindergärten nach § 13 Abs. 3 Satz 1 und zur Rückzahlung der Elternbeiträge an die Erziehungsberechtigten nach § 13 Abs. 3 Satz 5."e)
      Der bisherige Satz 3 erhält folgende Fassung:
      „Das fachlich zuständige Ministerium kann zur Erprobung neuer Finanzierungsmodelle und im Rahmen von Sonderprogrammen Abweichungen von Satz 2 mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vereinbaren.“

12. Nach § 12 wird folgender § 12 a eingefügt:

   „§ 12 a Betreuungsbonus

(1) Werden in einer Verbandsgemeinde, einer verbandsfreien Gemeinde, einer großen kreisangehörigen oder einer kreisfreien Stadt am 31. Dezember eines Jahres mehr als 10 v. H. der zweijährigen Kinder in Kindertagesstätten nach § 1 Abs. 2, 4 oder 6 betreut, zahlt das Land einen Betreuungsbonus.

(2) Der Betreuungsbonus für jedes betreute zweijährige Kind beträgt 1.000,00 EUR. Von dieser Summe werden 70 v. H. an das Jugendamt, in dessen Bezirk die Gebietskörperschaft nach Absatz 1 liegt, gezahlt. Das Jugendamt leitet von dem Betreuungsbonus 45 v. H. an die Träger seines Bezirks nach der Zahl der durch die Einrichtungen des Trägers betreuten zweijährigen Kinder weiter. 30 v. H. werden zur Finanzierung der Landeszusweisungen nach § 12 Abs. 4 im Haushalt des Landes bereitgestellt.

(3) Werden in einer Gebietskörperschaft nach Absatz 1 am 31. Dezember eines Jahres mehr als 40 v. H. der zweijährigen Kinder in Kindertagesstätten nach § 1 Abs. 2, 4 oder 6 betreut, erhöht sich der Betreuungsbonus für jedes betreute zweijährige Kind über diesem Volumensatz auf 2.050,00 EUR. Die Aufteilung der Summe erfolgt nach Absatz 2 Satz 2 bis 4.

(4) Werden in einem Jugendamtsbezirk am 31. Dezember eines Jahres insgesamt mehr als 10 v. H. der zweijährigen Kinder in Kindertagesstätten nach § 1 Abs. 2, 4 oder 6 betreut, so erhält das Jugendamt eine Bonuszahlung in Höhe von 700,00 EUR für zweijährige Kinder, die in Kindertagespflege betreut werden und für die das Jugendamt eine Geldleistung im Sinne des § 23 Abs. 2 des Aachener Buches Sozialgesetzbuch gewährt. Die Zahl der in Kindertagespflege betreuten zweijährigen Kinder wird ermittelt durch Division der Summe der vom Jugendamt insgesamt gezahlten Geldleistungen nach § 23 Abs. 2 des Aachen Buches Sozialgesetzbuch durch 45.000,00 EUR."
(5) Die Betreuungsboni nach den Absätzen 1 bis 4 bleiben bei der Aufbringung der Personalkosten nach § 12 unberücksichtigt.

13. § 13 wird wie folgt geändert:
   a) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:
   b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:
      In Satz 3 wird das Wort „dritten“ durch das Wort „zweiten“ ersetzt.

14. § 16 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
   „(1) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung 1. nähere Regelungen über die Wahl, Zusammensetzung, Größe und Aufgaben des Elternausschusses nach § 3, die Bedarfsplanung nach § 9, die personellen und sächlichen Voraussetzungen nach § 12 Abs. 4, insbesondere über die personelle Besetzung, die Gruppengröße und pauschalierte Erstattung der Trägeranteile sowie die Erstattung nach § 12 Abs. 4 Satz 4 und § 12 a zu treffen und 2. die für die Gewährung von Zuweisungen nach § 12 Abs. 4 und § 12 a zuständige Behörde zu bestimmen.“

15. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geändert.

Artikel 2
Änderung des Schulgesetzes

Das Schulgesetz vom 30. März 2004 (GVBl. S. 239, BS 223-1) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 19 werden folgende Sätze angefügt:
   „Die Zusammenarbeit nach Satz 1 Nr. 1 ist bei Grundschulen insbesondere darauf ausgerichtet, sich mit den Kindergärten über die jeweiligen Bildungskonzepte im Hinblick auf den Übergang abzustimmen; hierzu werden geeignete Kooperationsformen, wie Arbeitsgemeinschaften und gemeinsame Fortbildung, zwischen Grundschulen und Kindergärten vereinbart. Es können Hospitationen von Lehrkräften in Kindertagesstätten sowie von Erzieherinnen und Erziehern in der Schule stattfinden.“

2. In § 44 Abs. 3 Nr. 4 werden die Worte „ausländischen Eltern“ durch die Worte „Eltern mit nicht deutscher Herkunftssprache“ ersetzt.


4. Nach § 64 wird folgender § 64 a eingefügt:
   § 64 a
   Sprachförderung
   Kinder, die zur Einschulung anstehen, sind verpflichtet, an einer Feststellung des Sprachförderbedarfs teilzunehmen. Der nachweisliche Besuch eines Kindergartens nach dem Kindertagesstättengesetz ersetzt die Verpflichtung nach Satz 1. Soweit Defizite in der sprachlichen Entwicklung erkennbar werden, die einen erfolgreichen Schulbesuch nicht erwartet lassen, sollen die Kinder zur Teilnahme an Sprachfördermaßnahmen verpflichtet werden. Das Nähere, insbesondere über Zuständigkeiten, Verfahren, Zeitpunkt und Inhalt der Feststellung des Sprachförderbedarfs, regelt die Schulordnung. Dabei ist der Zeitpunkt der Feststellung so zu bestimmen, dass ausreichend Zeit zur Durchführung der Sprachfördermaßnahmen bleibt.“

5. In § 65 Abs. 1 Satz 1 wird die Verweisung „§ 64“ durch die Verweisung „den §§ 64 und 64 a“ ersetzt.

6. In § 67 Abs. 9 wird die Verweisung „Absätze 1 bis 7“ durch die Verweisung „Absätze 1 bis 8“ ersetzt.

7. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Nummer 4 geändert.

Artikel 3
Änderung des Privatschulgesetzes


§ 33 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Verweisung „§ 56“ durch die Verweisung „§ 69 a“ ersetzt.
   b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Verweisung „§ 56 Abs. 3“ durch die Verweisung „§ 69 Abs. 3“ ersetzt.

Artikel 4
In-Kraft-Treten

Es treten in Kraft:
1. Artikel 2 Nr. 2 und 6 und Artikel 3 am Tage nach der Verkündung.
3. Artikel 1 Nr. 5 Buchst. b am 1. August 2010.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Landesgesetz
über die Beteiligung des Regionalträgers an der
Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1


§ 2

Für das Mitglied und das Ersatzmitglied in der Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung gelten die Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes entsprechend, soweit nicht Bundesrecht Anwendung findet.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Architektengesetz
(ARCH) 7
Vom 16. Dezember 2005

Inhaltsübersicht

Teil 1
Berufsaufgaben und Schutz
der Berufsbezeichnungen

§ 1 Berufsaufgaben
§ 2 Berufspflichten
§ 3 Berufsbezeichnungen
§ 4 Berufsverzeichnisse
§ 5 Eintragung in die Architektenliste
§ 6 Versagung der Eintragung in die Architektenliste
§ 7 Löschung der Eintragung in die Architektenliste
§ 8 Kapitalgesellschaften
§ 9 Partnerschaften
§ 10 Auswärtige Berufangehörige und auswärtige Berufsgesellschaften
§ 11 Bescheinigungen
§ 12 Auskünfte

Teil 2
Architektenkammer

§ 13 Rechtsstellung
§ 14 Mitgliedschaft
§ 15 Aufgaben
§ 16 Organe
§ 17 Mitglieder der Organe
§ 18 Vertreterversammlung
§ 19 Rechtsetzung durch die Vertreterversammlung
§ 20 Sonstige Aufgaben der Vertreterversammlung
§ 21 Beschlussfähigkeit der Vertreterversammlung
§ 22 Vorstand
§ 23 Aufgaben des Vorstands
§ 24 Rügereg des Vorstands
§ 25 Eintragungsausschuss
§ 26 Besetzung des Eintragungsausschusses
§ 27 Verfahren vor dem Eintragungsausschuss
§ 28 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

§ 29 Kosten und Beiträge
§ 30 Aufsicht
§ 31 Genehmigungspflicht

Teil 3
Berufsgerichtsbarkeit

§ 32 Berufsgerichtliche Maßnahmen
§ 33 Berufsgerichte
§ 34 Besetzung der Berufsgerichte
§ 35 Mitglieder der Berufsgerichte
§ 36 Einleitung des Verfahrens
§ 37 Anzuwendende Bestimmungen des Heilberufsgesetzes

Teil 4
Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 38 Ordnungswidrigkeiten
§ 39 Ermächtigungen
§ 40 Übergangsbestimmungen
§ 41 Außer-Kraft-Treten
§ 42 In-Kraft-Treten

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Teil 1
Berufsaufgaben und Schutz der Berufsbezeichnungen

§ 1 Berufsaufgaben

(1) Berufsaufgabe der Architektin und des Architekten ist die gestaltende, technische und wirtschaftliche Planung von Bauwerken.

(2) Berufsaufgabe der Innenarchitektin und des Innenarchitekten ist die gestaltende, technische und wirtschaftliche Planung von Innenräumen und die damit verbundene bauliche Änderung von Gebäuden.

(3) Berufsaufgabe der Landschaftsarchitektin und des Landschaftsarchitekten ist die gestaltende, ökologische, technische, wirtschaftliche und soziale Orts-, Stadt- und Landschaftsplanung, insbesondere die Ausarbeitung städtebaulicher Planungen.

(4) Berufsaufgabe der Stadtplanerin und des Stadtplaners ist die gestaltende, ökologische, technische, wirtschaftliche und soziale Orts-, Stadt- und Landschaftsplanung, insbesondere die Berufsaufgaben der in den Absätzen 1 bis 4 genannten Personen gehören die Beratung, Betreuung und Vertretung der Auftraggeberin oder des Auftraggebers in den mit der Planung und Durchführung eines Vorhabens zusammenhängenden Fragen sowie die Überwachung der Ausführung. Die Berufsaufgaben umfassen ferner die Projektentwicklung, die Projektsteuerung, die Objekterhebung und die Objektbetreuung.

(5) Zu den Berufsaufgaben der in den Absätzen 1 bis 4 genannten Personen kann auch die Erstattung von Fachgutachten gehören. Zu den Berufsaufgaben der in den Absätzen 1 und 3 genannten Personen kann auch die Mitwirkung bei der Orts-, Stadt- und Landesplanung gehören.

§ 2 Berufspflichten

(1) Die Mitglieder der Architektenkammer (§ 14) sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und sich bei ihrem Verhalten der Achtung und des Vertrauens würdig zu zeigen, die ihr Beruf erfordert. Ein Verhalten, das gegen diese Pflichten verstoßt, ist berufswidrig. Das Nähere regelt die Berufsordnung; sie soll insbesondere Bestimmungen enthalten über

1. die gewissenshafte Ausübung des Berufs,
2. das berufliche Verhalten gegenüber Kolleginnen und Kollegen, Auftraggeberinnen und Auftraggebern, Unternehmern und Unternehmern sowie Bauhandwerkerinnen und Bauhandwerkern,
3. die berufliche Fortbildung,
4. den zulässigen Umfang der Werbung, insbesondere auch bei gleichzeitiger Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit im Baubereich,
5. die Wahrung der Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit der freien Berufsgenossen (§ 3 Abs. 2),
6. die Voraussetzung der Teilnahme an Wettbewerben,
7. die Anforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung und
8. die Erteilung von Auskünften, die die Architektenkammer zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

(2) Ein außerhalb des Berufs liegendes Verhalten ist eine Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für die Ausübung der Berufstätigkeit oder für das Ansehen des Berufsstands bedeutsame Weise zu beeinträchtigen.

§ 3 Berufsbezeichnungen

(1) Eine natürliche Person darf die Berufsbezeichnung
1. „Architektin“ oder „Architekt“, „Innenarchitektin“ oder „Innenarchitekt“,
2. „Landschaftsarchitektin“ oder „Landschaftsarchitekt“, „Stadtplanerin“ oder „Stadtplaner“
3. nur führen, wenn sie unter dieser Bezeichnung in die Architektenliste eingetragen oder nach § 10 zur Führung der Berufsbezeichnung berechtigt ist (Berufsausübung).

(2) Einen Zusatz wie „Frei“ zur Berufsbezeichnung nach Absatz 1 darf nur führen, wer unter dieser Bezeichnung in die Architektenliste eingetragen ist, die Berufsaufgaben nach § 1 selbständig und eigenverantwortlich ausübt und nicht bau- oder gewerblich tätig ist.

(3) Wortverbindungen mit den Berufsbezeichnungen nach den Absätzen 1 und 2 oder ähnliche Bezeichnungen darf nur verwenden, wer die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen berechtigt ist.

(4) Eine Kapitalgesellschaft darf eine Berufsbezeichnung nach Absatz 1, eine Wortverbindung damit oder eine ähnliche Bezeichnung in ihrer Firma nur führen, wenn sie unter dieser Bezeichnung in das Gesellschaftsverzeichnis eingetragen oder nach § 10 zur Führung der Berufsbezeichnung berechtigt ist (Berufsgesellschaften).
§ 4
Berufserkennisse

(1) Die Architektenkammer führt die Architektenliste, das Gesellschaftsverzeichnis, das Verzeichnis für auswärtige Berufserkennisse und das Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften (Berufserkennisse).

(2) Natürliche Personen sind in die Berufserkennisse einzutragen mit
1. dem Namen, den Vornamen und den akademischen Grad,
2. der Anschrift des Wohnsitzes und des Ortes der Niederlassung oder der überwiegenden beruflichen Tätigkeit sowie
3. der betreffenden Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) und der Tätigkeitseinteilung (freiberuflich, angestellt, beamtet oder in der Bauwirtschaft tätig).

(3) Kapitalgesellschaften sind in die Berufserkennisse einzutragen mit
1. der Firma und der Rechtsform,
2. dem Sitz der Gesellschaft und den Orten der Niederlassungen in Rheinland-Pfalz,
3. dem Gegenstand des Unternehmens,
4. den Angaben nach Absatz 2 über die am Gesellschaftskapital beteiligten und die zur Geschäftsführung beauftragten Berufserkennisse sowie
5. den Angaben über die Berufshaftpflichtversicherung.

(4) Partnerschaften sind in das Gesellschaftsverzeichnis einzutragen mit
1. den Angaben nach Absatz 3 Nr. 1 bis 3 über die Partnerschaft,
2. dem Datum der Eintragung in das Partnerschaftsregister,
3. dem für die Führung des Partnerschaftsregisters zuständigen Amtsgericht,
4. den Angaben nach Absatz 2 über die an der Partnerschaft beteiligten Berufserkennisse sowie
5. den Angaben über die Berufshaftpflichtversicherung für die an der Partnerschaft beteiligten Berufserkennisse.

(5) Über die Eintragung in die Architektenliste wird eine Urkunde ausgestellt. Über die Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis, das Verzeichnis für auswärtige Berufserkennisse oder das Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften ist eine Bescheinigung auszustellen, aus der sich die Berechtigung zur Führung der Berufserkennisse nach § 3 ergibt.

§ 5
Eintragung in die Architektenliste

(1) In die Architektenliste ist der betreffende Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) auf Antrag einzutragen, wer eine Niederlassung oder einen Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat oder die Berufsaufgaben nach § 1 überwiegend in Rheinland-Pfalz ausübt und die Berufsbefähigung nachweist. Die Berufsbefähigung setzt voraus:
1. eine erfolgreiche Abschlussprüfung in einem der betreffenden Fachrichtung entsprechenden Studium mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren an einer deutschen Hochschule und
2. nachfolgende praktische Tätigkeit von mindestens zwei Jahren in der betreffenden Fachrichtung einschließlich der Teilnahme an den für die spätere Berufsausbildung erforderlichen Fortbildungsmaßnahmen; die praktische Tätigkeit gilt als erbracht, wenn die Befähigung zum höheren bau-technischen Verwaltungsdienst nachgewiesen wird.

Für die Fachrichtung Stadtplanung ist die Abschlussprüfung nach Satz 2 Nr. 1 in einem Studium der Stadtplanung, in einem Studium der Raumplanung mit Schwerpunkt Städtebau oder in einem gleichwertigen, zur Erstellung städtebaulicher Pläne befähigenden Studiengang abzulegen.

(2) Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 auch, wenn sie im Besitz eines der Abschlussprüfung entsprechenden Diploms, Prüfungszeugnisses, sonstigen Befähigungsnachweises oder nach europäischem Gemeinschaftsrecht dem Diplom gleichzusetzenden Ausbildungszeugnisses eines anderen Mitgliedstaates oder Vertragstaates sind; sie erfüllen die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 2 auch, wenn sie für die Fachrichtung Architektur eine Bescheinigung über eine der praktischen Tätigkeit entsprechende zweijährige Berufserfahrung vorlegen oder für eine der übrigen Fachrichtungen den erfolgreichen Abschluss einer reglementierten, regelmäßig mehr als drei Jahre dauernden Ausbildung nachweisen.

(3) Die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 erfüllt auch, wer eine der betreffenden Fachrichtung entsprechende Ausbildung an einer Hochschule außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (Drittstaat) erfolgreich abgeschlossen hat, wenn diese Ausbildung an einer Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union entspricht oder nach europäischem Gemeinschaftsrecht gleichwertig anerkannt ist. Staatsangehörigen eines Drittstaates kann die Anerkennung versagt werden, wenn die Gegenwart nicht gewährleistet ist.

(4) Abweichend von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 ist auf Antrag in die Architektenliste einzutragen, wer
1. mindestens zehn Jahre eine praktische Tätigkeit in einer der in § 1 Abs. 1 bis 4 genannten Fachrichtungen unter Aufsicht einer zur Führung der für die betreffende Fachrichtung maßgeblichen Berufserkennisse berechtigten Person ausgeübt hat,
2. die Berufsbefähigung anhand eigener Arbeiten nachweist und
3. die einer Ausbildung nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 entsprechenden Kenntnisse durch eine Prüfung auf Hochschulniveau nachweist.

In die Architektenliste Eintragungen, die für die Eintragung für eine weitere Fachrichtung beantragt, erhalten die Regelstudienzeit der Fachrichtung, für die sie bereits eingetragen sind, auf die Dauer der praktischen Tätigkeit nach Satz 1 Nr. 1 ange- rechnet; das Gleiche gilt für Ingenieurinnen und Ingenieure der Fachrichtung Bauwesen sowie für Antragstellende, die einen berufsausbildenden Hochschulabschluss in einem der betreffenden Fachrichtung entsprechenden Studium mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren nachweisen.

(5) Unabhängig von den Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4 ist auf Antrag in die betreffende Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) in die Architektenliste einzutragen, wer sich durch die Qualität eigener Leistungen besonders auszeichnet und dies gegenüber dem Eintragungsausschuss durch eigene Arbeiten nachweist.

(6) Ohne Prüfung der fachlichen Voraussetzungen nach den Absätzen 1 bis 4 ist auf Antrag in die Architektenliste einzutragen, wer
1. bereits in die Architektenliste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland eingetragen ist oder
2. in die Architektenliste eines Landes der Bundesrepublik Deutschland eingetragen war und die Eintragung gelöscht wurde, weil die Niederlassung, der Wohnsitz oder der Ort der überwiegenden beruflichen Tätigkeit aufgegeben oder verlegt wurde.

(7) Über den Eintragungsantrag ist unverzüglich, spätestens vor Ablauf von drei Monaten nach Zugang der vollständigen Nachweise abschließend zu entscheiden. Über die Eintragung in die Architektenliste, die Löschung einer Eintragung nach § 7 Abs. 1 Nr. 5 bis 7 und Abs. 2 sowie die Änderung der Fachrichtung entscheidet der Eintragungsausschuss. Im Übrigen bedürfen Änderungen und Löschungen der Eintragungen in die Architektenliste bei Vorliegen geeigneter Nachweise keiner Entscheidung des Eintragungsausschusses.

§ 6
Versagung der Eintragung in die Architektenliste

(1) Die Eintragung in die Architektenliste ist der antragstellenden Person zu versagen, wenn
1. solange ihr die Ausübung einer der in § 1 bezeichneten Tätigkeiten nach § 70 des Strafgesetzbuchs, § 132 a der Strafprozessordnung oder § 35 Abs. 1 der Gewerbeordnung untersagt ist,
2. wenn sich ihre mangelnde Eignung zur Erfüllung der Berufsaufgaben nach § 1 aus einer vorsätzlich begangenen Straftat ergibt, derentwegen sie rechtskräftig verurteilt wurde, oder
3. solange ihr zur Betreuung aller ihrer Angelegenheiten eine Betreuerin oder ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis der Betreuerin oder des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.

(2) Die Eintragung in die Architektenliste kann der antragstellenden Person versagt werden, wenn sie innerhalb der letzten fünf Jahre vor Stellung des Eintragungsantrags
1. in Vermögensverfall geraten ist; ein solcher wird vermutet, wenn ein Insolvenzverfahren über ihr Vermögen eröffnet oder sie in das Schuldhverzeichnis nach § 26 Abs. 2 der Insolvenzverordnung oder § 915 der Zivilprozessordnung eingetragen ist, oder
2. sich gründlich oder wiederholt berufsunwürdig verhalten hat.

§ 7
Löschung der Eintragung in die Architektenliste

(1) Die Eintragung in die Architektenliste ist zu lösen, wenn
1. die eingetragene Person verstorben ist,
2. die eingetragene Person dies beantragt,
3. die eingetragene Person in Rheinland-Pfalz weder Wohnsitz noch Niederlassung noch den Ort der überwiegenden beruflichen Tätigkeit hat und keinen Antrag nach Absatz 3 stellt,
4. in einem berufsgerichtlichen Verfahren rechtskräftig auf die Löschung der Eintragung in die Architektenliste erkannt wurde,
5. die eingetragene Person über Eintragungsvoraussetzungen getäuscht hat und diese auch jetzt noch nicht vorliegen,
6. es sich nachträglich herausstellt, dass die Eintragung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 hätte versagt werden müssen und der Versagungsgrund auch jetzt noch besteht, oder
7. nach der Eintragung Tatsachen nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 eintreten oder bekannt werden.

(2) Die Eintragung in die Architektenliste kann gelöscht werden, wenn nach der Eintragung Tatsachen nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 bekannt werden oder eintreten und seit dem Eintreten nicht mehr als fünf Jahre vergangen sind; das Gleiche gilt, wenn Tatsachen nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 erst nach der Eintragung bekannt werden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 sowie bei vorübergehender Einstellung der Berufsausübung kann auf Antrag des Mitglieds für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren das Ruhen seiner Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Architektenkammer angeordnet werden.

§ 8
Kapitalgesellschaften

(1) Eine Kapitalgesellschaft mit Sitz oder Niederlassung in Rheinland-Pfalz ist auf Antrag in das Gesellschaftsverzeichnis bei der Architektenkammer einzutragen, wenn sie das Bezeichnen einer ausreichenden Berufshaftpflichtversicherung nachweist und der Geschäftsvertrag oder die Satzung bestimmt, dass
1. Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung von Berufsaufgaben nach § 1 Abs. 1 bis 4 ist, die der in der Firma geführten Berufsbezeichnung entsprechen; ausgeschlossen sind die gewerbliche Ausführung von Bauten, die Übernahme von Bauträger- oder Baubetreuungsaufgaben, die Vermittlung von Grundstücken und die Finanzierung von Bauvorhaben,
2. Berufsangehörige mindestens die Hälfte des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und weitere Anteile nur von natürlichen Personen gehalten werden, die die Berufsbezeichnung „Beratende Ingenieurin“ oder „Beratender Ingenieur“ zu führen befugt sind,
3. die zur Geschäftsführung befugten Personen mindestens zur Hälfte Berufsangehörige sind und gewährleistet ist, dass die Gesellschaft verantwortlich von Berufsangehörigen geführt wird; daneben darf die Geschäftsführung nur auf Personen übertragen werden, die die Berufsbezeichnung „Beratende Ingenieurin“ oder „Beratender Ingenieur“ zu führen befugt sind,
4. Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nicht für Dritte oder von Dritten ausgeübt werden dürfen,
5. bei einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien die Aktien auf Namen lauten,
6. die Übertragung von Kapital- und Geschäftsanteilen an die Zustimmung aller Gesellschafterinnen und Gesellschafter gebunden ist und
7. die Berufspflichten nach § 2 auch von der Gesellschaft beachtet werden.

Mit der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis wird die Gesellschaft nicht Mitglied der Architektenkammer.

(2) Die Kapitalgesellschaft hat zur Deckung der sich aus dem Gegenstand des Unternehmens ergebenden Haftpflichtverpflichtung eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und diese für die Dauer ihrer Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis aufrechtzuerhalten; die Berufshaftpflichtversicherung muss eine fünfjährige Nachhaftung vorsehen. Die Mindestversicherungssumme beträgt für jeden Versicherungskosten 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und 300 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können
auf den Betrag der Mindestversicherungssumme, vervielfacht
mit der Zahl der Gesellschafterinnen und Gesellschafter so-
wie der zur Geschäftsführung befugten Personen, die nicht
Gesellschafterinnen oder Gesellschafter sind, mindestens
jedoch auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme
begrenzt werden. Zuständige Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2
des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist die Architekten-
kammer.

(3) Dem Antrag auf Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis
ist eine Ausstellung oder eine öffentlich beglaubigte Abschrift
des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung beizufügen. Jede
Änderung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung oder in
einer am Gesellschaftskapital beteiligten oder zur Geschäfts-
führung befugten Person ist dem Eintragungsausschuss unver-
züglich anzuzeigen. Den Änderungsanzeige ist eine beglaub-
gigte Abschrift der jeweiligen Urkunde beizufügen. Wird die
Änderung im Handelsregister eingetragen, ist eine beglaubigte
Abschrift dieser Eintragung der Änderungsanzeige beizufügen
oder nachzureichen.

(4) Die Eintragung einer Kapitalgesellschaft in das Gesell-
schaftsverzeichnis ist zu löschen, wenn
1. die Gesellschaft aufgelöst ist,
2. die geschützte Berufsbezeichnung in der Firma der Gesell-
schaft nicht mehr geführt wird,
3. die Eintragungsvoraussetzungen nicht mehr vorliegen,
4. die Gesellschaft in Vermögensverfall geraten ist oder
gerichtet oder
5. in einem berufsgerichtlichen Verfahren rechtskräftig auf
Lösung der Eintragung entschieden wurde.
Lieg die Eintragungsvoraussetzung des Absatzes 1 Satz 1 nicht
mehr vor, setzt der Eintragungsausschuss der Kapitalgesellschaft
eine Frist von höchstens einem Jahr, im Falle des Todes einer
am Gesellschaftskapital beteiligten oder zur Geschäftsführung
befugten Person von höchstens fünf Jahren, binnen der die
Eintragungsvoraussetzung wieder erfüllt werden muss; ande-
renfalls erfolgt die Löschung nach Satz 1 Nr. 3.

(5) Über die Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis, deren
Änderung oder Löschung entscheidet der Eintragungsausschuss.

§ 9
Partnerschaften

(1) Berufsangehörige dürfen, soweit sie selbständig tätig sind,
ihre Berufsaufgaben nach § 1 auch in einer Partnerschaft im
Sinne des § 1 Abs. 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes
(PartGG) vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert
durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Dezember 2001 (BGBl.
I S. 3422), ausüben. Im Partnerschaftsvertrag ist zu regeln, dass
die Berufsberufe nach § 2 auch von der Partnerschaft be-
achtet werden.

(2) Eine Partnerschaft mit Sitz oder Niederlassung in Rhein-
land-Pfalz, an der mindestens eine Berufsangehörige oder ein
Berufsangehöriger beteiligt ist, ist in das Gesellschaftsverzeich-
nis bei der Architektenkammer einzutragen. Scheidet eine
Berufsangehörige oder ein Berufsangehöriger aus der Partner-
schaft aus oder wird eine Niederlassung in Rheinland-Pfalz
aufgehoben, ist dies im Gesellschaftsverzeichnis durch Lö-
schung kenntlich zu machen. Die Pflicht zur Anmeldung der
Partnerschaft obliegt den an ihr beteiligten Berufsangehörigen.
Durch Aufnahme in das Gesellschaftsverzeichnis wird die
Partnerschaft nicht Mitglied der Architektenkammer.

(3) Die an einer Partnerschaft beteiligten Berufsangehörigen
sind jeweils verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung
zur Deckung der sich infolge fehlerhafter Berufsäusübung
ergebenden Schäden abzuschließen und diese für die Dauer
ihrer Beteiligung an der Partnerschaft aufrechtzuerhalten; die
Berufshaftpflichtversicherung muss eine fünfjährige Nachha-
fung vorsehe. Die Mindestversicherungssumme beträgt für
einen Versicherungsfall 1,5 Mio. EUR für Personenschäden
und 300 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden. Die Leis-
tungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungs-
jahres verursachten Schäden können auf den zweifachen Betrag
der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. Zuständige
Stelle im Sinne des § 158 c Abs. 2 des Gesetzes über den
Versicherungsvertrag ist die Architektenkammer.

(4) Die Partnerschaft kann für sich und für die an ihr betei-
ligten Berufsangehörigen den Anspruch der Auftraggeberin
oder des Auftragnehmers auf Erfüllung einer fahrlässig verursachten
Schäden wegen fehlerhafter Berufsäusübung beschränken;
1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Höhe
der Mindestversicherungssumme,
2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen für Sach- und
Vermögensschäden, die nicht grob fahrlässig verursacht
wurden (§ 309 Nr. 7 BGB), auf den zweifachen Betrag der
Mindestversicherungssumme, sofern insoweit Versiche-
rungsschutz besteht.

(5) Die Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis ist zu
löschen, wenn
1. nicht mindestens eine Berufsangehörige oder ein Berufs-
angehöriger an der Partnerschaft beteiligt ist,
2. die Partnerschaft gemäß § 9 PartGG aufgelöst wurde oder
3. die Partnerschaft weder Sitz noch Niederlassung in Rhein-
land-Pfalz hat.

(6) Über die Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis, deren
Änderung oder Löschung entscheidet der Eintragungsausschuss.

§ 10
Auswärtige Berufsangehörige und
auswärtige Berufsgesellschaften

(1) Natürliche Personen, die in Rheinland-Pfalz weder Wohn-
sitz noch Niederlassung noch den Ort der überwiegenden
beruflichen Tätigkeit haben, dürfen die in § 3 genannten Be-
rufsbezeichnungen, Wortverbindungen damit oder ähnliche
Bezeichnungen ohne Eintragung in die Architektenliste ver-
wenden, wenn sie
1. diese oder eine vergleichbare Berufsbezeichnung aufgrund
einer gesetzlichen Regelung des Landes ihres Wohnsitzes
oder ihrer Niederlassung führen dürfen oder
2. die Voraussetzungen nach § 5 erfüllen und das Land ihres
Wohnsitzes oder ihrer Niederlassung eine solche Regelung
nicht kennt
auswärtige Berufsangehörige).

(2) Auswärtige Berufsangehörige, die in der Bundesrepublik
Deutschland nicht in einer Architekten- oder Stadtplanerliste
eingetragen sind und erstmals die in § 1 bezeichneten Tätigkei-
ten in Rheinland-Pfalz ausüben wollen, haben dies vor der
Architektenkammer anzuzeigen. Sie werden im Verzeichnis für
auswärtige Berufsangehörige bei der Architektenkammer ge-
führt. Sie haben Bescheinigungen darüber vorzulegen, dass sie
1. die betreffende Tätigkeit im Lande ihres Wohnsitzes oder
der Niederlassung rechtsmäßig ausüben und
2. ein Diplom, Prüfungzeugnis oder einen sonstigen Befähi-
gungsnachweis über eine abgeschlossene Ausbildung oder
eine gleichwertige Befähigung besitzen.
(3) Kapitalgesellschaften, die in Rheinland-Pfalz weder Sitz noch Niederlassung haben, dürfen die in § 3 genannten Berufsbezeichnungen, Wortverbindungen damit oder ähnliche Bezeichnungen ohne Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis verwenden, wenn sie diese oder eine vergleichbare Berufsbezeichnung aufgrund einer gesetzlichen Regelung des Landes ihres Sitzes oder ihrer Niederlassung führen dürfen (auswärtige Berufsgesellschaften). Die auswärtigen Berufsgesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in ein dem § 8 vergleichbares Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind und erstmals die in § 1 bezeichneten Tätigkeiten in Rheinland-Pfalz ausüben wollen, haben dies vorher der Architektenkammer anzuzeigen; sie werden im Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften bei der Architektenkammer geführt und haben Bescheinigungen vorzulegen, dass
1. sie oder die am Gesellschaftskapital beteiligten und die zur Geschäftsführung beauftragten Berufangehörigen die betreffende Tätigkeit im Lande ihres Sitzes oder ihrer Niederlassung rechtmäßig ausüben,
2. der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung die dem § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 entsprechenden Voraussetzungen erfüllt und
3. eine Berufspflichtversicherung gemäß § 8 Abs. 2 besteht.

§ 8 Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) Das Führen der in § 3 genannten Berufsbezeichnungen, Wortverbindungen damit oder ähnlicher Bezeichnungen kann untersagt werden
1. auswärtigen Berufangehörigen im Sinne des Absatzes 2, wenn
   a) die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist; dies gilt nicht für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
   b) dem § 5 vergleichbare Voraussetzungen nicht vorliegen oder
c) Tatsachen eintreten oder bekannt werden, die eine Versagung der Eintragung in die Architektenliste nach § 6 rechtfertigen würden; dies gilt nicht, wenn eine Berufspflichtverleihung vorliegt, die im berufsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden kann (§ 32 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1)
2. auswärtigen Berufsgesellschaften im Sinne des Absatzes 3 Satz 2, wenn
   a) die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist; dies gilt nicht für die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat haben,
   b) dem § 8 Abs. 1 vergleichbare Voraussetzungen nicht vorliegen oder
c) Tatsachen eintreten oder bekannt werden, die eine Löschung der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis nach § 8 Abs. 4 Nr. 3 oder 4 rechtfertigen würden; dies gilt nicht, wenn eine Berufspflichtverleihung vorliegt, die im berufsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden kann (§ 32 Abs. 1 Satz 2 und § 4 Satz 2).

(5) Auswärtige Berufangehörige und auswärtige Berufsgesellschaften haben die Berufspflichten nach § 2 zu beachten.

(6) Die Eintragung in das Verzeichnis für auswärtige Berufangehörige oder das Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften ist zu löschen, wenn die Berufsaufgaben nach § 1 nicht mehr unter den in § 3 genannten Berufsbezeichnungen, Wortverbindungen damit oder ähnlichen Bezeichnungen in Rheinland-Pfalz ausgeübt werden.

(7) Über die Maßnahmen nach den Absätzen 2 bis 4 und 6 entscheidet der Eintragungsausschuss.

§ 11 Bescheinigungen

(1) Die Architektenkammer stellt die nach
für die Berufsausübung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum notwendigen Bescheinigungen aus.

(2) Der Eintragungsausschuss entscheidet, ob Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum für die Ausstellung einer Bescheinigung nach Artikel 4 Abs. 1 Unterabs. 2 oder Artikel 11 Buchst. a Spiegelstrich 4 in Verbindung mit Artikel 13 der Richtlinie 85/384/EWG erforderliche Berufserfahrung oder Berufsbefähigung besitzen.

(3) Der Eintragungsausschuss entscheidet auch, ob Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, welche die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 für eine der in § 1 Abs. 2 bis 4 genannten Fachrichtungen erfüllen, die für die Ausstellung einer Bescheinigung nach Artikel 8 Abs. 1 der Richtlinie 89/48/EWG erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

§ 12 Auskünfte

(1) Jede Person hat bei Darlegung eines berechtigten Interesses das Recht auf Auskunft aus den Berufsverzeichnissen nach § 4 Abs. 1 über die in § 4 Abs. 2 bis 4 bezeichneten Angaben. Diese Angaben dürfen auch veröffentlicht oder an andere zum Zwecke der Veröffentlichung übermittelt werden, sofern die Betroffenen der Veröffentlichung nicht widersprechen.

(2) Die Architektenkammer ist berechtigt, in allen den Aufgabenkreis der in die Berufsverzeichnisse nach § 4 Abs. 1 Ein-

Teil 2
Architektenkammer

§ 13
Rechtsstellung

(1) Die Architektenkammer Rheinland-Pfalz (Architektenkammer) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt ein Dienstziegel.

(2) Sitz der Architektenkammer ist Mainz.

§ 14
Mitgliedschaft

(1) Der Architektenkammer gehören alle in die Architektenliste Eingetragenen an.

(2) Die Mitgliedschaft endet, wenn die Eintragung in der Architektenliste gelöscht wird.

§ 15
Aufgaben

Aufgabe der Architektenkammer ist es insbesondere,
1. die Baukultur, das Bauwesen, die Landschaftspflege und die städtebauliche Entwicklung zu fördern,
2. die Berufspflichten der Mitglieder in einer Berufsordnung (§ 2 Abs. 1 Satz 3) festzulegen und die Erfüllung dieser Pflichten zu überwachen,
3. die beruflichen und wirtschaftlichen Belange der Gesamtheit der Mitglieder zu fördern und das Ansehen des Berufstandes zu wahren,
4. die berufliche Aus- und Fortbildung zu fördern,
5. die Berufserziehungs- und Ausbildungsvorschriften nach § 4 Abs. 1 zu führen sowie die für die Berufsausbildung notwendigen Bescheinigungen und Auskünfte zu erteilen,
6. die Behörden durch Vorschläge und Stellungnahmen oder in sonstiger Weise in Fragen der Berufsaufgaben zu beraten,
7. auf die Beilegung von Streitigkeiten hinzuwirken, die sich aus der Berufsausbildung zwischen den in den Berufsverzeichnissen Eingetragenen oder zwischen diesen und Dritten ergeben (Schlichtung),
8. auf Anforderung von Behörden und Gerichten Gutachten aus ihrem Aufgabenbereich, insbesondere zu berufsständischen Fragen, zu erstatten,
9. Sachverständige öffentlich zu bestellen und zu veredigen, soweit die Architektenkammer hierfür zuständig ist, und auf Verlangen von Behörden und Gerichten Sachverständige zu benennen,
10. die Zusammenarbeit der Architektenkammern der Länder der Bundesrepublik Deutschland zu fördern.

§ 16
Organe

Organe der Architektenkammer sind:
1. die Vertreterversammlung,
2. der Vorstand,
3. die Eintragungsausschuss.

§ 17
Mitglieder der Organe

(1) Mitglied eines Organs der Architektenkammer kann nur sein, wer Mitglied der Architektenkammer ist. § 25 Abs. 3 Satz 1 bleibt unberührt.

(2) Die in die Organe der Architektenkammer berufenen Mitglieder sind zur Annahme und Ausübung des Amts verpflichtet, soweit nicht einen höheren Grund entgegensteht. Die Pflicht zur Ausübung des Amts dauert über die Amtszeit hinaus bis zum Amtsantritt des neuen Mitglieds.

(3) Die Mitglieder der Organe der Architektenkammer und deren Hilfskräfte sind zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind. Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

(4) Die Mitglieder der Organe der Architektenkammer sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Entschädigung für Auslagen und Zeitversäumnis; § 25 Abs. 3 bleibt unberührt.

§ 18
Vertreterversammlung


§ 19
Rechtsetzung durch die Vertreterversammlung

(1) Die Vertreterversammlung beschließt die Satzung.

(2) Die Satzung muss Bestimmungen über die Wahl für die Vertreterversammlung enthalten. In ihnen ist zu regeln, für wie viele Mitglieder der Architektenkammer je ein Mitglied der Vertreterversammlung zu wählen ist; jede Fachrichtung muss mindestens durch ein Mitglied in der Vertreterversammlung vertreten sein. Die Satzung muss ferner Bestimmungen über die Wahl für den Vorstand enthalten; jede Fachrichtung soll mindestens durch ein Mitglied im Vorstand vertreten sein.

(3) Die Satzung muss ferner Bestimmungen treffen über
1. die Einberufung der Vertreterversammlung,
2. die Anzahl der Mitglieder des Vorstands,
3. die Amtsauer und die vorzeitige Abberufung des Vorstands,
4. die Einberufung des Vorstands,
5. die Beschlussfähigkeit des Vorstands,
6. die Aufstellung und Feststellung des Haushaltsplans (§ 28 Abs. 2 und 3),
7. die Anzahl und die Wahl der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer (§ 28 Abs. 4 Satz 2),
8. die Art der Bekanntmachungen.

(4) Durch die Satzung können örtliche Unterordnungen der Architektenkammer gebildet werden.
(5) Die Vertreterversammlung beschließt ferner
1. die Berufsaufsicht (§ 2 Abs. 1 Satz 3),
2. die Beitragsordnung (§ 29 Abs. 2),
3. die Kostenordnungen (§ 29 Abs. 1),
4. die Sachverständigen- und Sachverständigenprüfungsordnung (§ 15 Nr. 9).

(6) Die Vertreterversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 20
Sonstige Aufgaben der Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist zuständig für
1. die Wahl des Vorstands,
2. die vorzeitige Abberufung des Vorstands,
3. die Feststellung des Haushaltsplans (§ 28 Abs. 2 und 3),
4. die Festsetzung der Beiträge (§ 29 Abs. 3),
5. die Wahl der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer (§ 28 Abs. 4 Satz 2),
6. die Entlastung des Vorstands aufgrund der Haushaltsrechnung und des Ergebnisses der Rechnungsprüfung (§ 28 Abs. 4),
7. die Festsetzung der Entschädigung für die Mitglieder der Organe der Architektenkammer (§ 17 Abs. 4 Satz 2 und § 25 Abs. 5).

§ 21
Beschlussfähigkeit der Vertreterversammlung

(1) Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussfähigkeit der Vertreterversammlung zurückgestellt worden und tritt die Vertreterversammlung wegen derselben Angelegenheit zum zweiten Male zusammen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. In der Ladung zu dieser Sitzung ist auf diese Bestimmung ausdrücklich hinzuweisen.

(2) Die Beschlüsse werden unbeschadet des Absatzes 3 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

(3) Beschlüsse über die Satzung, die Berufsaufsicht, die Beitragsordnung, die Geschäftsordnung sowie über die vorzeitige Abberufung von Mitgliedern des Vorstands bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens aber der Hälfte der Mitglieder der Vertreterversammlung. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass Beschlüsse in dieser Sitzung einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bedürfen.

§ 22
Vorstand

Der Vorstand besteht aus:
1. der Präsidentin oder dem Präsidenten der Architektenkammer,
2. zwei die Präsidentin oder den Präsidenten vertretenden Mitgliedern und
3. mindestens vier weiteren Mitgliedern.

§ 23
Aufgaben des Vorstands

(1) Der Vorstand führt die Geschäfte der Architektenkammer.
(2) Der Vorstand ist insbesondere zuständig für
1. die Führung der Berufsverzeichnisse (§ 4 Abs. 1),
2. die Aufstellung des Haushaltsplans (§ 28 Abs. 2 und 3),
3. die Aufstellung der Haushaltsrechnung (§ 28 Abs. 4 Satz 1),
4. die Bestellung der Mitglieder des Eintragungsausschusses (§ 25 Abs. 2) und
5. die Vorschläge zur Berufung der ehrenamtlichen besitzenden Mitglieder beider Berufsgerichte (§ 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2).

(3) Die Präsidentin oder der Präsident, im Falle ihrer oder seiner Verhinderung ein Mitglied des Vorstands nach § 22 Nr. 2, vertritt die Architektenkammer gerichtlich und außergerichtlich.

§ 24
Rügerecht des Vorstands

(1) Der Vorstand kann die Berufspflichtverletzung einer in § 32 Abs. 1 Satz 1 und 2 genannten Person oder Gesellschaft schriftlich rügen, wenn nach der Bedeutung der Berufspflichtverletzung und der Schwere der Schuld von der Einleitung eines berufsgerechtlichen Verfahrens abgesehen werden kann. § 32 Abs. 5 gilt entsprechend. Bevor die Rüge erteilt wird, ist die oder der Betroffene zu hören.

(2) Der Vorstand darf eine Rüge nicht mehr erteilen, wenn das berufsgerechtliche Verfahren gegen die Betroffene oder den Betroffenen eingeleitet ist oder wenn seit der Berufspflichtverletzung mehr als drei Jahre vergangen sind.

(3) Der die Rüge erteilende Bescheid ist zu begründen und der oder dem Betroffenen zuzustellen; er soll eine Rechtsbehelfsbelehrung enthalten.

(4) Gegen den Bescheid kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung Einspruch bei dem Vorstand erheben. Dieser entscheidet über den Einspruch; Absatz 3 gilt entsprechend.


§ 25
Eintragungsausschuss

(1) Der Eintragungsausschuss besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und der erforderlichen Zahl von beisitzenden Mitgliedern. Für das vorsitzende Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu bestellen.

(2) Die Mitglieder werden vom Vorstand auf die Dauer von fünf Jahren bestellt.

(3) Das vorsitzende Mitglied und dessen stellvertretendes Mitglied müssen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deut-

(4) Der Eintragungsausschuss ist unabhängig und an Weisungen nicht gebunden; § 30 bleibt unberührt. Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Dienstkräfte und Einrichtungen der Architektenkammer.

(5) Das vorsitzende Mitglied erhält für seine Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung.

§ 26
Besetzung des Eintragungsausschusses

(1) Der Eintragungsausschuss entscheidet in der Besetzung mit dem vorsitzenden Mitglied und vier beisitzenden Mitgliedern. Mindestens ein beisitzendes Mitglied muss der Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) der oder des Betroffenen angehören.

(2) Das vorsitzende Mitglied bestimmt vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres für denselben die Reihenfolge, in der die beisitzenden Mitglieder zu den Sitzungen zugezogen werden, unter Berücksichtigung ihrer Fachrichtung und Tätigkeitsart.

§ 27
Verfahren vor dem Eintragungsausschuss

(1) Der Eintragungsausschuss entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Sitzung des Eintragungsausschusses ist nicht öffentlich.

(2) Das persönliche Erscheinen der oder des Betroffenen kann angeordnet werden. Bezüglich der Mitwirkung von Zeugen und Zeugen sowie von Sachverständigen gilt § 65 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. In den Fällen des § 5 Abs. 5 ist das Gutachten einer deutschen Hochschule einzuholen.


§ 28
Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

(1) Auf das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Architektenkammer sind die für das Land Rheinland-Pfalz jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

(2) Der Haushaltsplan ist vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres aufzustellen und festzustellen. Er muss alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen, voraussichtlich zu leistenden Ausgaben und voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen enthalten und ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. In den Haushaltsplan dürfen nur die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen eingestellt werden, die zur Erfüllung der Aufgaben der Architektenkammer erforderlich sind.

(3) Der Haushaltsplan kann nach Maßgabe der Satzung für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, aufgestellt und festgestellt werden.


(5) Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz prüft die Haushaltsführung der Architektenkammer.

§ 29
Kosten und Beiträge

(1) Die Architektenkammer ist befugt, für Amtshandlungen, für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und für sonstige Leistungen, die keine Amtshandlungen sind, Kosten (Gebühren und Auslagen) nach Maßgabe der Kostenumordnungen zu erheben.

(2) Die Architektenkammer erhebt zur Deckung ihrer Ausgaben von den Mitgliedern Beiträge nach Maßgabe der Beitragsordnung. Die Beiträge der selbständig tätigen Mitglieder können nach der Höhe des Umsatzes oder des Einkommens aus einer gesamten selbständigen Berufstätigkeit in der betreffenden Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) gestaffelt werden.

(3) Die Beiträge für das neue Haushaltsjahr sind gleichzeitig mit der Feststellung des Haushaltsplans festzusetzen. Der Haushaltsplan und der Beschluss über die Festsetzung der Beiträge können nur gleichzeitig in Kraft treten.


1. die Schuldnerin oder der Schuldner
   a) ihre oder seine Niederlassung hat oder
   b) mangels einer Niederlassung in Rheinland-Pfalz ihren
   c) mangels einer Niederlassung in Rheinland-Pfalz ihren

2. die Architektenkammer ihren Sitz hat, sofern die Schuldnerin oder der Schuldner weder Niederlassung noch Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat.


§ 30
Aufsicht

(1) Die Aufsicht über die Architektenkammer führt das für das Architektenrecht zuständige Ministerium (Aufsichtsbehörde).


(3) Die Aufsichtsbehörde kann Beschlüsse und andere Maßnahmen der Architektenkammer beanstanden, wenn diese gegen Rechtsvorschriften oder gegen die Satzung der Architektenkammer verstoßen. Hilft die Architektenkammer der Beanstandung nicht ab, so kann die Aufsichtsbehörde den Beschluss aufheben oder die Maßnahme rückgängig machen.

(4) Erfüllt die Architektenkammer ihr obliegende Pflichten oder Aufgaben nicht, so kann die Aufsichtsbehörde verlangen, dass die Architektenkammer innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche veranlasst. Kommt die Architektenkammer diesem Verlangen nicht nach, so kann die Aufsichtsbehörde
anstelle und auf Kosten der Architektenkammer die erforderlichen Maßnahmen selbst ergreifen oder von Dritten durchführen lassen.

(5) Reichen die Befugnisse nach den Absätzen 2 bis 4 nicht aus, um die Erfüllung der Pflichten und Aufgaben der Architektenkammer zu gewährleisten, so kann die Aufsichtsbehörde eine Person beauftragen, die alle oder einzelne Pflichten oder Aufgaben der Architektenkammer auf deren Kosten wahrnimmt oder erfüllt.

§ 31 Genehmigungspflicht

(1) Der Erlass und die Änderung der Satzung, der Berufsordnung und der Beitragsordnung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Der festgesetzte Haushaltsplan und der Beschluss über die Festsetzung der Beiträge sind der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen.

Teil 3 Berufsgerechtigkeit

§ 32 Berufsgerechtliche Maßnahmen

(1) Gegen Mitglieder der Architektenkammer und Kapitalgesellschaften nach § 8 Abs. 1, die ihre Berufspflichten schuldhaft verletzen, kann ein berufsgerechtliches Verfahren durchgeführt werden. Das Gleiche gilt für auswärtige Berufsangehörige und auswärtige Berufsgesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einer Architekten- oder Stadtplanerliste oder in einem dem § 8 vergleichbaren Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind, wenn sie in § 1 bezeichneten Tätigkeiten in Rheinland-Pfalz ausüben. Einem berufsgerechtlichen Verfahren steht nicht entgegen, dass der Vorstand der Architektenkammer wegen desselben Sachverhalts bereits nach § 24 eine Rüge erteilt hat; § 45 Abs. 2 HeilBG ist sinngemäß anzuwenden.

(2) Gegen die Mitglieder der Architektenkammer kann erkannt werden auf
1. Verweis,
2. Geldbuße von einhundert bis fünftausend Euro,
3. Entziehung des aktiven und passiven Berufswahrrechts für die Dauer von mindestens fünf bis höchstens zehn Jahren,
4. Löschung der Eintragung in die Architektenliste.
Die in Satz 1 Nr. 2 und 3 aufgeführten Maßnahmen können nebeneinander verhängt werden.

(3) Gegen die Kapitalgesellschaften nach § 8 Abs. 1 kann erkannt werden auf
1. Verweis,
2. Geldbuße von einhundert bis zehntausend Euro,
3. Löschung der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis.

(4) Gegen die im Verzeichnis für auswärtige Berufsangehörige oder im Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften eingetragenen kann außer den Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 1 und 2 oder Absatz 3 Nr. 1 und 2 das Verbot verhängt werden, die Berufsbezeichnung zu führen.

(5) Mitglieder der Architektenkammer, die im öffentlichen Dienst stehen, unterliegen hinsichtlich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht der Berufsgerechtigkeit.

§ 33 Berufsgerechtigkeit

(1) Berufsgerechte sind
1. das Berufsgremium für Architektenberufe (§ 1 Abs. 1 bis 4), das dem Verwaltungsgremium Mainz angegliedert ist (Berufsgremium),
2. das Landesberufsgremium für Architektenberufe (§ 1 Abs. 1 bis 4), das dem Oberverwaltungsgremium Rheinland-Pfalz angegliedert ist (Landesberufsgremium).


§ 34 Besetzung der Berufsgerechtigkeit

(1) Das Berufsgremium entscheidet in der Besetzung mit
1. einer auf Lebenszeit ernannten Richterin oder einem auf Lebenszeit ernannten Richter der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit als vorsitzendes Mitglied und
2. zwei Mitgliedern der Architektenkammer als ehrenamtliche beisitzende Mitglieder.

(2) Das Landesberufsgremium entscheidet in der Besetzung mit
1. zwei auf Lebenszeit ernannten Richterinnen oder Richtern des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz und
2. drei Mitgliedern der Architektenkammer als ehrenamtliche beisitzende Mitglieder.

Den Vorsitz führt ein Mitglied nach Satz 1 Nr. 1.

(3) Die ehrenamtlichen beisitzenden Mitglieder dürfen weder einem Organ der Architektenkammer angehören noch Beidmänner der Architektenkammer oder der Aufsichtsbehörde sein. Ein ehrenamtliches beisitzendes Mitglied soll der Fachrichtung (§ 1 Abs. 1 bis 4) der oder des Beschuldigten angehören.

§ 35 Mitglieder der Berufsgerechtigkeit

(1) Das für die Aufsicht über die Rechtspflege zuständige Ministerium beruft im Einvernehmen mit dem für das Architektenrecht zuständigen Ministerium
1. nach Anhörung der Architektenkammer
   a) das vorsitzende Mitglied des Berufsgremiums sowie dessen erstes und zweites stellvertretendes Mitglied und
   b) das vorsitzende Mitglied des Landesberufsgremiums sowie die berufsrichterlichen Mitglieder des Landesberufsgremiums in der erforderlichen Anzahl und
2. auf Vorschlag der Architektenkammer, der jeweils mindestens um die Hälfte mehr Personen enthalten muss, als ehrenamtliche beisitzende Mitglieder zu berufen sind,
   a) acht ehrenamtliche beisitzende Mitglieder des Berufsgremiums und
   b) sechs ehrenamtliche beisitzende Mitglieder des Landesberufsgremiums.


(3) Das vorsitzende Mitglied jedes Berufsgerichts bestimmte vor Beginn des Geschäftsjahres für dessen Dauer die Reihenfolge, in der die bestehenden Mitglieder am Verfahren mitwirken. Das vorsitzende Mitglied des Landesberufsgerichts wird bei Verhinderung durch das dienstälteste berufsrichterliche Mitglied des Landesberufsgerichts vertreten; bei gleichem Dienstalter entscheidet das Lebensorter.

(4) Die Mitglieder der Berufsgerichte unterstehen der Dienstausfahrt des für die Aufsicht über die Rechtspflege zuständigen Ministeriums.

§ 36
Einleitung des Verfahrens

(1) Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht einer Berufspflichtverletzung begründen, so ersucht der Vorstand der Architektenkammer den Sachverhalt. Dabei sind die bestehenden, die entlastenden und die für die Bemessung der berufsgerechtigen Maßnahme bedeutsamen Umstände zu ermitteln. Der oder dem Beschuldigten ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(2) Der Vorstand der Architektenkammer entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob er bei dem Berufsgericht einen Antrag auf Einleitung des berufsgerechten Verfahrens stellt. In dem Antrag ist der Sachverhalt, in dem die Berufspflichtverletzung erkocht wird, eingehend darzustellen; die Beweismittel sind anzugeben. Der Antrag ist von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Architektenkammer, im Fall der Verhinderung von einem Mitglied des Vorstands nach § 22 Nr. 2, zu unterzeichnen.

(3) Die in § 32 Abs. 1 Satz 1 und 2 genannten Personen und Gesellschaften können bei dem Berufsgericht die Einleitung eines berufsgerechten Verfahrens gegen sich selbst beantragen, um sich von dem Verdacht einer Berufspflichtverletzung zu entlasten. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Ein Antrag auf Einleitung eines berufsgerechten Verfahrens ist nicht mehr zulässig, wenn seit der Berufspflichtverletzung mehr als fünf Jahre vergangen sind. Für den Beginn, das Ruhem und die Unterbrechung der Verjährung gelten die §§ 78 a bis 78 c des Strafgesetzbuches entsprechend. Verstoßt die Tat auch gegen ein Strafgesetz, so endet die Frist nicht vor der Verjährung der Strafverfolgung.

§ 37
Anzuwendende Bestimmungen des Heilberufsgesetzes

Auf die Einrichtung und das Verfahren der Berufsgerichte sind die §§ 51 und 52 Nr. 2 und die §§ 53 bis 62, 65 bis 98 und 100 HeilBG sinngemäß anzuwenden.

Teil 4
Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 38
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer unbefugt eine der in § 3 Abs. 1 und 4 genannten Berufsbezeichnungen führt, unbefugt einen Zusatz nach § 3 Abs. 2 oder eine Wortverbindung oder ähnliche Bezeichnung im Sinne des § 3 Abs. 3 verwendet oder einer vollziehbaren Untersagungsverfügung nach § 10 Abs. 4 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

(3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Architektenkammer.

§ 39
Ermächtigungen

Das für das Architektenrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung
1. der Architektenkammer weitere Aufgaben zu übertragen, die mit ihrem Aufgabenbereich zusammehängen,
2. das Verfahren vor dem Eintragungsausschuß zu regeln, nähere Bestimmungen über die für die Eintragungen in die Berufsverzeichnisse nach § 4 Abs. 1 erforderlichen persönlichen Angaben und ihre Nutzung sowie die hierbei vorzunehmenden Nachweise und Bescheinigungen zu treffen,
3. nähere Bestimmungen zu treffen über die Umsetzung der Richtlinien 85/384/EWG und 89/48/EWG sowie sonstiger ergänzender Richtlinien, soweit sie die bestehenden gesetzlichen Vorschriften ergänzen und diese in ihrer zweckentsprechenden Durchführung sichern,
4. nach Anhörung der Architektenkammer die Mindestversicherungsumme nach § 8 Abs. 2 Satz 2 und § 9 Abs. 3 Satz 2 an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse anzupassen, wenn dies erforderlich ist, um einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen und
5. nach Anhörung der Architektenkammer die Anforderungen an die praktische Tätigkeit einschließlich der erforderlichen Fortbildungsmaßnahmen nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 festzulegen.

§ 40
Übergangsbestimmungen

(1) Ein bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes anliegendes Eintragungsverfahren wird nach dem bis dahin geltenden Recht abgeschlossen, es sei denn, die Eintragungsvoraussetzungen nach diesem Gesetz sind für die Betroffene oder den Betroffenen günstiger.

(2) Die Eintragung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in die Architektenliste wird unter Aufhebung der Mitgliedschaft bei der Architektenkammer gelöscht; die Gesellschaft wird in das Gesellschaftsverzeichnis eingetragen. Eine bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes in einer Liste der Architektenkammer eingetragene Gesellschaft hat, soweit erforderlich, 1. den Gesellschaftsvertrag oder die Satzung innerhalb einer von der Architektenkammer zu bestimmenden Frist den Mindestanforderungen des § 8 Abs. 1 und 2. für Neuausträge die Berufshaftpflichtversicherung unverzüglich den Mindestanforderungen des § 8 Abs. 2 entsprechend anzupassen.

(3) Der erfolgreiche Abschluss einer vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begonnenen Ausbildung in einem entsprechenden berufsausbildenden Diplomstudiengang an einer deutschen Fachhochschule mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren und der erfolgreiche Abschluss einer vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begonnenen entsprechenden Ausbildung an einer deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurstelle (-akademie) oder einer gleichwertigen deut-
schen Lehranstalt werden als Eintragungsvoraussetzung entsprechend § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 anerkannt.

(4) Wer innerhalb eines Jahres nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes einen Antrag nach § 5 Abs. 4 Satz 1 stellt, hat keine Prüfung nach § 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 abzulegen; der Eintragungsausschuss kann verlangen, dass die einer Ausbildung nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 entsprechenden Kenntnisse durch im Eintragungsverfahren abzulegende Leistungsproben nachgewiesen werden.

(5) Rechtsakte der Architektenkammer, die bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes erlassen sind, gelten als solche fort. Innerhalb eines Jahres nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes sollen Satzungen den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend angepasst werden.


§ 41
Außer-Kraft-Treten

(1) Es werden aufgehoben:

(2) Rechtsverordnungen, die zur Durchführung des in Absatz 1 Nr. 1 genannten Gesetzes ergangen sind und nicht durch Absatz 1 Nr. 2 aufgehoben werden, bleiben in Kraft. Das für das Architektenrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, sie durch Rechtsverordnung aufzuheben.

§ 42
In-Kraft-Treten
Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Landesgesetz
zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes und weiterer Vorschriften
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**


1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In den Nummern 1 und 2 werden jeweils die Worte „sowie deren Ehegatten, Ehegatten, Lebenspartnerinnen, Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder,“ angefügt.
   b) Die Nummern 3 bis 6 erhalten folgende Fassung:
   „3. Asylberechtigte sowie deren Ehegatten, Ehegatten, Lebenspartnerinnen, Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder,

4. Personen, die nach § 15 a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) in der jeweils geltenden Fassung aufgenommen worden sind,
5. Personen, die nach § 22 AufenthG aufgenommen worden sind,
6. Personen, die nach § 22 AufenthG aufgenommen worden sind, und“.

c) Folgende Nummer 7 wird eingefügt:
   „7. Personen, die nach § 24 AufenthG aufgenommen worden sind,“.

2. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
   bb) In Nummer 1 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
cc) Nummer 2 wird gestrichen.
dd) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
b) In Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „Nr. 3“ jeweils durch die Angabe „Nr. 2“ ersetzt.
c) In Absatz 4 Halbsatz 1 wird die Angabe „und 2“ gestrichen.

3. § 3 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Das Land leistet den Landkreisen und kreisfreien Städten einen pauschaligen Betrag für verteilte Personen nach
1. § 1 Abs. 1 Nr. 1,
2. § 1 Abs. 1 Nr. 2 bis zur Erteilung einer anderen als
in § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG genannten Aufenthalts- erlaubnis, längstens für die Dauer von drei Jahren nach Bescheid, der das Asylbewerberkonsulatum, oder nach Rücknahme des Asylantrags,
3. § 1 Abs. 1 Nr. 4 bis zur Erteilung einer anderen als
in § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG genannten Aufenthalts- erlaubnis, längstens für die Dauer von zwei Jahren nach erstmaliger Verteilung auf eine kommunale Gebietskörperschaft,
4. § 1 Abs. 1 Nr. 5 und 6 längstens für die Dauer von zwei Jahren nach erstmaliger Verteilung auf eine kommunale Gebietskörperschaft,
5. § 1 Abs. 1 Nr. 7 bis zur Erteilung einer anderen als
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
1) In Satz 1 wird die Zahl „311,89“ durch die Zahl „312,00“ ersetzt.
2) In Satz 3 wird der Strichpunkt durch einen Punkt und der folgende Halbsatz gestrichen.
c) In Absatz 3 werden die Worte „aufgrund von Ver- pflichtungen, die vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes eingegangen waren, oder“ gestrichen.

4. § 4 wird wie folgt geändert:
a) In der Überschrift wird das Wort „Auskädelgesetz“ durch das Wort „Aufenthaltsrecht“ ersetzt.
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
1) In Nummer 3 werden nach der Abkürzung „AsylVIG“ die Worte „und nach § 15 a Abs. 3 Satz 4 AufenthG in Verbindung mit § 46 Abs. 4 AsylVIG“ eingefügt.
2) In Nummer 5 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
3) In Nummer 6 wird das Wort „und“ durch die Worte „, nach § 15 a Abs. 4 Satz 5 AufenthG in Verbindung mit § 50 Abs. 4 Satz 1 AsylVIG, nach § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 24 Abs. 4 Satz 1 AufenthG sowie nach § 24 Abs. 4 Satz 1 AufenthG* ersetzt.
dd) Nummer 7 wird gestrichen.
c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
„(3) Zuständige Behörden nach § 15 a Abs. 5 Satz 1 AufenthG sind die Ausländerbehörden.“

5. § 5 wird wie folgt geändert:
a) Der bisherige Satz 1 wird Absatz 1 und wie folgt geändert:
b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Absatz 2 und wie folgt geändert:
In Satz 1 wird die Verweiscung „§§ 3 bis 108 und 173 bis 175“ durch die Verweiscung „§§ 3 bis 108, 173 bis 175 und 179 bis 187“ ersetzt.
c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
„(3) Während des Aufenthalts in einer Einrichtung nach Absatz 1 gewährt diese den dort Untergebrachten Leistungen entsprechend den nach dem Asylbewerber- leistungsgesetz vorgesehenen Hilfen.“

Artikel 2


1. §§ 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„§ 1

Auszahmen von der pauschalen Erstattung der Aufwen- dungen nach § 3 Abs. 1 und 2 des Landesaufnahmegesetzes werden zugelassen, wenn dem Landkreis oder der kreis- freien Stadt aufgrund der der Kostenübernahme verpflich- tenden Regulierungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für
1. den stationären Krankenhausaufenthalt oder
2. die Behandlung einer schweren Dauererkrankung einer nach dem Landesaufnahmegesetz verteilten Person unabweisbar tatsächlich wesentlich höhere Aufwendungen entstanden sind oder entstehen.

§ 2

Wesentlich höhere Aufwendungen im Sinne des § 1 liegen vor, wenn im Falle
1. des § 1 Nr. 1 die krankheits- oder betreuungsbedingten Aufwendungen pro Person und Aufenthalt 7 600,00 EUR übersteigen oder
2. des § 1 Nr. 2 die krankheitsbedingten Aufwendungen pro Person jährlich 35 000,00 EUR übersteigen.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Von den tatsächlichen entstandenen Aufwendungen sind die bereits im Rahmen der pauschalen Erstattung nach § 3 Abs. 1 und 2 des Landesaufnahmegesetzes erstatteten Beträge abzuziehen.“
b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:


3. Der Verordnung wird die aus der Anlage zu diesem Gesetz ersichtliche Anlage angefügt.

Artikel 3


§ 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 werden nach der Verweisung „§ 15 BVFG“ die Worte „in den Fällen des § 100 b Abs. 2 BVFG“ eingefügt.

2. In Nummer 3 werden nach der Verweisung „§ 100 BVFG“ die Worte „sowie für die Feststellung der Vertriebenen- oder Flüchtlingsegenschaft nach § 100 Abs. 2 Satz 3 BVFG“ eingefügt.

Artikel 4

Soweit durch dieses Gesetz Verordnungen geändert werden, bleibt die Befugnis der zuständigen Stelle, diese Verordnungen zu ändern oder aufzuheben, unberührt.

Artikel 5

Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, den Wortlaut des Landesaufnahmegesetzes in der Fassung, die sich aus Artikel 1 dieses Gesetzes ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Artikel 6


Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Zweites Landesgesetz zur Änderung des Ingenieurgesetzes
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Ingenieurgesetz (IngG)“

2. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Die Berufsbezeichnung ‚Ingenieurin‘ oder ‚Ingenieur‘ allein oder in einer Wortverbindung darf führen.

1. wer

a) das Studium einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung mit einer Regelstudien- dauer von mindestens sechs theoretischen Studien- semestern an einer deutschen staatlichen oder staat- lich anerkannten Hochschule oder Berufskademie oder

b) das Studium an einer deutschen öffentlichen oder ihr hinsichtlich des Studienabschlusses rechtlich gleich- gestellten deutschen privaten Ingenieurkademie oder
c) einen Betriebsführerlehrgang einer deutschen staatlich anerkannten Bergschule mit Erfolg abgeschlossen hat oder

2. wenn das Recht verliehen worden ist, die Bezeichnung ‚Ingenieurin (grad.)‘ oder ‚Ingenieur (grad.)‘ zu führen.


3. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „hierzu“ die Worte „auf Antrag“ eingefügt.
   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird nach der Angabe „§ 1“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.
      bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:
         „Aussänderinnen und Ausändern kann die Genehmigung versagt werden, wenn die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist.“
   c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
      „(3) Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz (Mitglied- oder Vertragsstaat) ist die Genehmigung ferner zu erteilen, wenn sie
      2. den Beruf einer Ingenieurin oder eines Ingenieurs vollzeitlich zwei Jahre lang in den vorhergehenden zehn Jahren in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat, der die Führung einer der deutschen Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ oder „Ingenieur“ entsprechenden Berufsbezeichnung allein oder in einer Wortverbindung nicht an den Besitz eines Diploms bindet, ausübt haben und dabei im Besitz von Ausbildungsnachweisen oder ihnen gleichgestellten Prüfungszeugnissen im Sinne des Artikels 3 Satz 1 Buchst. b und Satz 2 der Richtlinie 89/48/EWG waren, oder
      3. im Besitz eines Ausbildungsnachweises sind, der ihnen den Abschluss einer entsprechenden reglementierten Ausbildung im Sinne des Artikels 1 Buchst. d der Richtlinie 89/48/EWG bestätigt.“
   d) Absatz 5 erhält folgende Fassung:
      „(5) Einer Genehmigung nach Absatz 1 bedarf nicht, wer nach Maßgabe des § 31 Abs. 2 und 5 des Hochschul-
      gesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167, BS 223-41) in der jeweils geltenden Fassung berechtigt ist, den an einer ausländischen Hochschule erworbenen akademischen Ingenieurgrad zu führen.“


5. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Berufsbezeichnung „Ingenieur“ durch die Worte „in § 1 genannten Berufsbezeichnung“ ersetzt.
   b) In Absatz 3 wird das Wort „Absatz“ durch die Worte „den Absätzen“ und werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „fachlich zuständige Ministerium“ ersetzt.
   c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „fachlich zuständige Ministerium“ ersetzt.
   d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:
         „Zuständige Behörde nach § 2 Abs. 1 ist das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium.“
      bb) In Satz 3 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Weiterbildung“ durch die Worte „für das Hochschulwesen zuständige Ministerium“ ersetzt.

6. Nach § 5 wird folgender § 5 a eingefügt:
   „§ 5 a
   Das auf § 2 Abs. 3 beruhende Genehmigungsverfahren muss spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen durch eine mit Gründen versehene Entscheidung der zuständigen Behörde abgeschlossen sein.“


9. § 8 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 1 wird die Verweisung „§§ 1, 2 und 3 durch die Verweisung „§ 1, § 2 oder § 3“ ersetzt.

   Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Erstes Landesgesetz
zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes
Vom 16. Dezember 2005

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:
      „Pflichtmitglieder des Versorgungswerks sind die der Rechtsanwaltskammer Koblenz und der Pfälzischen Rechtsanwaltskammer Zweibrücken angehörenden Mitglieder, soweit sie natürliche Personen sind.“
      bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
      In Nummer 2 Buchst. b wird der Schlusspunkt durch das Wort „oder“ ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:
      „3. bei seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft berufsunfähig ist für die Dauer seiner Berufsunfähigkeit.“
   cc) Folgender Satz wird angefügt:
      „Die Satzung kann weitere Ausnahmen vorsehen für Personen, die zugleich Mitglied einer ausländischen Rechtsanwaltskammer oder einer entsprechenden ausländischen Einrichtung sind.“
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) Nummer 2 wird gestrichen.
      bb) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
   c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 werden die Worte „es sei denn, das Mitglied stellt vorher einen Antrag auf Fortsetzung der Mitgliedschaft“ gestrichen.
      bb) Folgender neue Satz 2 wird eingefügt:
      „Es kann bis zum Ablauf des sechsten seinem Ausscheiden aus dem Versorgungswerk folgenden Monats die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft beantragen.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Satz 4 erhält der Klammerzusatz folgende Fassung:
      „(§ 2 Abs. 5 Satz 2)“. 
   b) In Absatz 3 Nr. 2 werden die Worte „des Rechnungsprüfers“ durch die Worte „der Rechnungsprüfer“ ersetzt.
   d) Folgender Absatz 6 wird angefügt:
      „(6) Die Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Koblenz und der Pfälzischen Rechtsanwaltskammer Zweibrücken oder je ein vom Vorstand anstelle des Präsidenten beauftragtes Mitglied der jeweiligen Rechtsanwaltskammer können an den Sitzungen der Vertreterversammlung mit beratender Stimme teilnehmen.“

3. In § 5 Abs. 5 werden nach dem Wort „Verwaltungsausschusses“ die Worte „, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter,“ eingefügt.

4. § 6 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
      „Die Satzung kann Mindestbeiträge sowie die Möglichkeit vorsehen, dass ausgeschiedene Mitglieder noch Leistungen zur Erfüllung der Mindestvoraussetzungen für eine Altersrente erbringen können.“
   b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:
      „Der Beitragserhebung unterliegt das Gesamtekommunen des Mitglieds im Sinne des § 16 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, soweit es auf einer Tätigkeit beruht, die anwaltlich erbracht werden kann.“


6. In § 9 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 24 Abs. 1“ jeweils durch die Verweisung „§ 22 Abs. 1“ ersetzt.

7. § 10 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:
   a) Folgende neue Nummer 1 wird eingefügt:
      „1. die Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert hat, es sei denn, dass nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, dem hinterbliebenen Ehegatten eine Versorgung zu verschaffen.“
   b) Die bisherigen Nummern 1 und 2 werden Nummern 2 und 3.

8. § 12 wird wie folgt geändert:
   b) Der Punkt wird durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz wird angefügt:
      „endet die Mitgliedschaft vor Ablauf von 60 Monaten, so können auf Antrag bisher geleistete Beiträge auch erstattet werden.“

9. § 13 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 3 wird das Wort „unterbrochen“ durch das Wort „gehemmt“ ersetzt.
   b) In Satz 4 werden die Worte „Unterbrechung dauert bis zum“ durch die Worte „Verjährung beginnt erneut mit dem“ ersetzt.
   c) In Satz 5 werden die Worte „die Unterbrechung“ durch die Worte „den erneuten Beginn der Verjährung“ ersetzt.

10. § 16 wird wie folgt geändert:
   a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
      „Das Gleiches gilt, wenn das Mitglied während der Dauer seiner Mitgliedschaft berufsunfähig gewesen ist.“
   b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Tod“ die Worte „oder die Berufsunfähigkeit“ eingefügt.

11. Dem § 17 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:
      „Die Satzung kann weitere Mitwirkungspflichten vorsehen. Werden Mitwirkungspflichten nicht erfüllt, können
Leistungen ganz oder teilweise versagt, entzogen oder zurückbehalten werden.*


13. § 20 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 1 werden nach dem Wortteil „-erhebung“ die Worte „sowie der Leistungen“ eingefügt.
   b) In Nummer 2 werden die Worte „des Rechnungsprüfers“ durch die Worte „der Rechnungsprüfer“ ersetzt.
   c) In Nummer 5 werden die Worte „im Sinne des § 9 des Angestelltenversicherungsgesetzes“ gestrichen.

14. § 21 erhält folgende Fassung:

   § 21
   Staatsaufsicht

Das Versorgungswerk untersteht der Aufsicht des für die Angelegenheiten der Rechtsanwälte zuständigen Ministeriums. Die Aufsicht beschränkt sich darauf, dass Gesetze und Satzung beachtet, insbesondere die dem Versorgungswerk obliegenden Aufgaben erfüllt werden; die Aufsichtsbehörde kann die hierzu erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen treffen. Satzungen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.*

15. Die §§ 22 und 23 werden gestrichen.

16. Der bisherige § 24 wird § 22 und wie folgt geändert:

17. Der bisherige § 25 wird § 23.

18. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geändert.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 1 Nr. 8 am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 8 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

Mainz, den 16. Dezember 2005
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Fünfte Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung zur Durchführung
der §§ 2 und 3 des Landesgesetzes zur Ausführung
fleisch- und geflügelgefleischhygienerechtlicher Vorschriften
Vom 15. November 2005


Artikel 1


Artikel 2


Mainz, den 15. November 2005
Die Ministerin für Umwelt
und Forsten
Margit Conrad


Artikel 1

Die Landesverordnung über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersäften, Festmist und Silagen (JGSF-Verordnung) vom 1. April 1999 (GVBl. S. 102, BS 75-50-14), wird wie folgt geändert:

Die Anlage wird wie folgt geändert:

1. Nummer 3 erhält folgende Fassung:

   „3 Anforderungen an das Fassungsvermögen
   3.1 Fassungsvermögen

   3.2 Mindestfreibord
   Bei offenen Behältern ist ein Mindestfreibord sowie ein Sicherheitszuschlag für Niederschlagswasser einzuhalten.

   3.3 Unterschreitung des Fassungsvermögens
   Eine Unterschreitung des nach Nummer 3.1 erforderlichen Fassungsvermögens ist nur zulässig, wenn der unteren Wasserbehörde gegenüber nachgewiesen wird, dass die das gegebene Fassungsvermögen übersteigende Menge umweltgerecht entsorgt oder ordnungsgemäß überbetrieblich gelagert oder verwertet wird.“

2. In der Fußnote 41 wird die Angabe „Ausgabe 7/94“ durch die Angabe „Ausgabe 7/94“ (für Teil 1, 3 und 4) und Ausgabe 6/04 (für Teil 2) ersetzt.

Artikel 2

Werden durch Artikel 1 Nr. 1 dieser Verordnung für Anlagen zur Lagerung von Jauche oder Gülle, die bei ln-Kraft-Treten dieser Verordnung bereits eingebaut oder aufgestellt sind (bestehende Anlagen), Anforderungen an die Lagerkapazität neu begründet oder verschärft, sind diese Anlagen abweichend von § 8 Satz 1 der JGSF-Verordnung bis zum 31. Dezember 2008 an diese Anforderungen anzupassen, ohne dass es einer Anordnung der unteren Wasserbehörde bedarf.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 25. November 2005
Die Ministerin für Umwelt
und Forsten
Margit Conrad

---


Zweite Landesverordnung
zur Änderung der EU-Lehramter-Anerkennungsverordnung

Vom 25. November 2005

Aufgrund des § 27 a Abs. 1 Satz 3 des Landesbeamtenesgesetzes in der Fassung vom 14. Juli 1970 (GVBl. S. 241), zuletzt ge-
ändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 2004
(GVBl. S. 457), BS 2030-1, wird im Einvernehmen mit dem
Ministerium des Innern und für Sport verordnet:

Artikel 1

Die EU-Lehramter-Anerkennungsverordnung vom 14. Sep-
tember 1998 (GVBl. S. 261), geändert durch Verordnung vom
24. April 2003 (GVBl. S. 70), BS 2030-58, wird wie folgt ge-
ändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„EU-Lehramter-Anerkennungsverordnung“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Geltungsbereich, Anerkennung von Diplomen“.

b) Nach der Überschrift wird folgender neue Absatz 1 eingefügt:

„(1) Diese Verordnung dient der Umsetzung
1. der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. De-
zember 1988 über eine allgemeine Regelung zur
Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine
mindestens dreijährige Berufsausbildung abschlie-
ßen (ABl. EG 1989 Nr. L 19 S. 16), zuletzt ge-
ändert durch Artikel 1 der Richtlinie 2001/19/EG
des Europäischen Parlaments und des Rates vom
14. Mai 2001 (ABl. EG Nr. L 206 S. 1), und
2. der Richtlinie 92/51/EWG des Rates vom 18. Juni
1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur
Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise
in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG (ABl. EG
Nr. L 209 S. 25; 1995 Nr. L 17 S. 20), zu-
letzt geändert durch Entscheidung 2004/108/EG
der Kommission vom 28. Januar 2004 (ABl. EU
Nr. L 32 S. 15),

für die Lehramter an Schulen.“

c) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2 und wie folgt
geändert:

aa) Die Einleitung erhält folgende Fassung:

„Ein Diplom im Sinne des Artikels 1 Buchst. a
der Richtlinie 89/48/EWG oder des Artikels 1
Buchst. a der Richtlinie 92/51/EWG, das in einem
anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union,
inem anderen Vertragsstaat des Abkommens über
den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der
Schweiz erworben worden ist, wird auf Antrag
als Befähigung für ein gleichwertiges Lehramt an
Schulen in Rheinland-Pfalz anerkannt, wenn„.

bb) In Nummer 1 wird das Wort „oder“ durch ein
Komma ersetzt und werden nach dem Wort

„Wirtschaftsraum“ die Worte „oder der Schweiz“
eingefügt.

c) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. das Diplom mindestens eines der in Rhein-
land-Pfalz für das jeweilige Lehramt vorgese-
hriebenen Unterrichtsfächer oder son-
derpädagogischen Fachrichtungen (Fächer)
unfasst.“.

d) In Nummer 4 wird nach dem Wort „fachwissen-
chaftlichen„, das Wort „fachpraktischen„, einge-
fügt und das Wort „erziehungswissenschaftlichen“
durch das Wort „bildungswissenschaftlichen“ er-
setzt.

d) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) Einem Diplom im Sinne des Absatzes 2 sind alle
Prüfungsergebnisse oder sonstigen Befähigungsnachwei-
se insgesamt gleichgestellt, die von einer zuständigen
Behörde in einem der in Absatz 2 genannten Staaten
ausgestellt wurden, wenn sie eine in diesen Staaten
erworben und von einer zuständigen Behörde in
 diesem Staat als gleichwertig anerkannte Ausbildung
abschließen und in diesem Staat in Bezug auf den
Zugang zu einem regulierten Beruf oder dessen
Ausübung dieselben Rechte verleihen. Auf Lehramts-
ausbildungen, die den erfolgreichen Abschluss eines
postsekundären Ausbildungsanges von mehr als vier-
jähriger Dauer voraussetzen, findet Artikel 3 der Richt-
linie 92/51/EWG keine Anwendung.“

e) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und erhält fol-
gende Fassung:

„(4) Absatz 2 gilt auch für ein Diplom, das aufgrund
einer Ausbildung erworben wurde, die nicht überwie-
gend in einem der in Absatz 2 genannten Staaten statt-
fand, wenn die antragstellende Person den entsprechen-
den Beruf tatsächlich und rechtmäßig mindestens drei
Jahre ausgeübt hat und dies von einem der in Absatz 2
genannten Staaten bescheinigt wird, der das Diplom
ausgestellt oder anerkannt hat.“

3. In § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 wird die An-
gabe „§ 1 Abs. 1“ jeweils durch die Angabe „§ 1 Abs. 2“
ersetzt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 werden die Worte „des Arti-
kels 1 Buchst. a der Richtlinie 89/48/EWG“ durch die
Worte „der Richtlinie 89/48/EWG oder der Richt-
linie 92/51/EWG“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 werden die Worte „als Lehrkraft“
gestrichen.

bb) In Nummer 8 wird das Wort „oder“ durch ein
Komma ersetzt und werden nach dem Wort

* Diese Verordnung dient der Umsetzung folgender Richtlinien:
„Wirtschaftsraum“ die Worte „oder der Schweiz“ eingefügt.

5. In § 4 Abs. 2 Nr. 2 und 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1“ jeweils durch die Angabe „§ 1 Abs. 2“ ersetzt.

6. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 1 Abs. 2“ ersetzt.
   b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Lehramt“ die Worte „oder der pädagogischen Ausbildung für das Lehramt des Lehrers für Fachpraxis und des Fachlehrers an berufsbildenden Schulen“ eingefügt.


8. In § 8 Abs. 1 Nr. 2 werden nach dem Wort „Lehramt“ die Worte „oder der geltenden Verwaltungsvorschrift über die pädagogische Ausbildung für das Lehramt des Lehrers für Fachpraxis und des Fachlehrers an berufsbildenden Schulen“ eingefügt.


11. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Nummer 2 Buchst. a geändert.

   Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 25. November 2005
Die Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend

Erste Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung über den Erwerb der Fachhochschulreife
nach § 65 Abs. 3 des Hochschulgesetzes
Vom 28. November 2005

Aufgrund des § 65 Abs. 3 des Hochschulgesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167, BS 223-41) wird verordnet:

   Artikel 1

Die Landesverordnung über den Erwerb der Fachhochschulreife nach § 65 Abs. 3 des Hochschulgesetzes vom 16. Juli 2004 (GVBl. S. 394, BS 223-41-21), wird wie folgt geändert:

1. In Anlage 1 Satz 5 werden nach dem Wort „Ländern“ die Worte „Baden-Württemberg (ausgenommen wenn am Kolleg erworben), Berlin,“ eingefügt.


   Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 28. November 2005
Der Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
J. Zöllner
Dreizehnte Landesverordnung
zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung
Vom 1. Dezember 2005


Artikel 1


In § 1 Abs. 5 Satz 3 wird die Zahl „0,65“ durch die Zahl „0,66“ ersetzt.

Artikel 2


Mainz, den 1. Dezember 2005
Der Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
Baukhage

Landesverordnung
zur Durchführung des Landesgesetzes zur Sicherstellung
und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur
(LPflegeASGDVO)
Vom 7. Dezember 2005

Aufgrund des § 9 des Landesgesetzes zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur vom 25. Juli 2005 (GVBl. S. 299, BS 86-20) wird nach Anhöhung der kommunalen Spitzenverbände und des Landespflegeausschusses verordnet:

§ 1 Pflegestrukturplanung


(2) Das fachlich zuständige Ministerium bildet eine Landesarbeitsgemeinschaft, der Vertreterinnen und Vertreter aller Landkreise und kreisfreien Städte angehören. Aufgabe der Landesarbeitsgemeinschaft ist insbesondere der gegenseitige fachliche Austausch im Hinblick auf die Durchführung der Pflegestrukturplanung und die Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen.

§ 2 Aufgabenbereiche der Beratungs- und Koordinierungsstellen

Die Beratungs- und Koordinierungsstellen (§ 5 LPflegeASG) nehmen unter Beachtung der Zuständigkeiten sonstiger Stellen insbesondere die folgenden Aufgaben wahr:

1. tragerunabhängige und tragerübergreifende Information und Beratung Hilfe suchender Menschen und ihrer Angehörigen über die pflegerische Angebotsstruktur sowie präventive und sonstige Angebote im Vor- und Umfeld der Pflege,

2. Information, Beratung und Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen im Zusammenhang mit Beschwerden im Bereich Pflege,

3. Mitwirkung bei der Ermittlung des persönlichen Hilfebedarfs und bei der Erstellung eines umfassenden Maßnahmeplans sowie Vermittlung geeigneter ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Angebote und komplementärer Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege,

4. Koordinierung von Angeboten nach der Methode des Case-Managements,

5. Zusammenarbeit mit den Diensten und Einrichtungen, den Anbietern komplementärer Hilfen und den sonstigen an der Pflege Beteiligten auch im Rahmen von Projektarbeit,


§ 3 Personelle Ausstattung und Qualitätsstandards der Beratungs- und Koordinierungsstellen

(1) Die Träger der Beratungs- und Koordinierungsstellen haben sicherzustellen, dass die Beratungs- und Koordinierungsstellen mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen geeigneten Fachkräften ausgestattet sind. Einer Beratungs- und Koordinierungsstelle soll eine vollzeitbeschäftigte geeignete Fachkraft oder die entsprechende Anzahl teilzeitbeschäftigter geeigneter Fachkräfte angehören; ihr muss mindestens eine halbbrags tätige geeignete Fachkraft angehören.


(3) Die Träger der Beratungs- und Koordinierungsstellen haben sicherzustellen, dass die zur Erfüllung der Aufgaben der Beratungs- und Koordinierungsstellen erforderlichen Qualitätsstandards eingehalten werden. Dazu gehören insbesondere ein Büro mit der erforderlichen technischen Ausstattung, ein Kraftfahrzeug, die Gewährleistung einer trägenerabhängigen und trägerübergreifenden Aufgabenwahrnehmung sowie die regelmäßige Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte.

§ 4 Entscheidung über die Zahl und die Trägerschaft der Beratungs- und Koordinierungsstellen

(1) Die Aufsichts- und Dienstleistungsleitung legt nach Anhörung des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen die Zahl der in dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt erforderlichen Beratungs- und Koordinierungsstellen fest und teilt diese der Kreisverwaltung oder der Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt mit. Bei der Festlegung der Zahlen ist sicherzustellen, dass landesweit für durchschnittlich jeweils 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Beratungs- und Koordinierungsstelle zur Verfügung steht; in diesem Rahmen können örtliche Besonderheiten berücksichtigt werden.

(2) Die Kreisverwaltung oder die Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt lädt die Mitglieder der Arbeitsgruppe nach § 3 Abs. 2 Satz 4 LPflegeASG im Namen der Regionalen Pflegekonferenz zu einer Sitzung ein, um eine Entscheidung über die Trägerschaft der Beratungs- und Koordinierungsstellen herbeizuführen. In dieser Sitzung kann durch einstimmige Beschlüsse der anwesenden Mitglieder über die Trägerschaft der einzelnen Beratungs- und Koordinierungsstellen entschieden werden. Gelingt dies nicht, legt die Kreisverwaltung oder die Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt den Termin für die nächste Sitzung zur Entscheidung über die noch offenen Trägerschaften fest und lädt hierzu ein. Soweit in der nächsten Sitzung keine einstimmigen Beschlüsse der anwesenden Mitglieder über die noch offenen Trägerschaften zustande kommen, entscheiden die anwesenden Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit. Kommt auch auf diese Weise nach drei Abstimmungen eine Entscheidung nicht zustande, entscheidet bei mehreren Bewerbungen für eine Trägerschaft das Los zwischen den beiden Bewerbern, die in der letzten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben; bei Stimmengleichheit werden die betreffenden Bewerber in den Losentscheid einbezogen. Bei nur einer Bewerbung für eine Trägerschaft folgt die Trägerschaft der jeweiligen Bewerbung. Unterhält ein Träger in einem Landkreis oder in einer kreisfreien Stadt mehrere ambulante Dienste, so steht ihm dem jeweiligen Mitglied eine entsprechende Anzahl von Stimmen zu.

(3) Die Kreisverwaltung oder die Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt teilt die Entscheidungen über die Trägerschaft der Beratungs- und Koordinierungsstellen der Regionalen Pflegekonferenz und der Aufsichts- und Dienstleistungsleitung mit. Die Entscheidungen werden in der Regel für die Dauer von fünf Jahren getroffen.

§ 5 Förderung der Beratungs- und Koordinierungsstellen


(3) Der Träger der Beratungs- und Koordinierungsstelle reicht den Antrag auf Förderung schriftlich oder in elektronischer Form zusammen mit dem Verwendungsnachweis für die Förderung des Vorjahres bis zum 31. Januar bei der für


§ 6
Förderung komplementärer Angebote

(1) Nach § 6 Abs. 1 LPflegeASG förderungsfähig sind niedrigschwellige komplementäre Angebote im Vor- und Umfeld der Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch, die dazu beitragen, den Vorrang der häuslichen Pflege und Versorgung sicherzustellen, insbesondere ehrenamtliche Besuchs- und Begleidienste.

(2) Gefördert werden in pauschaliert Form die personal- und Sachkosten von hauptamtlichen koordinierenden Fachkräften und die Kosten der Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlich engagierter Menschen eines zugelassenen ambulanter Pflegedienstes oder eines Verbunds zugelassener ambulanter Pflegedienste, soweit nicht eine Förderung aufgrund anderer Bestimmungen oder durch Dritte erfolgt. Voraussetzung der Förderung ist, dass eine Fachkraft mit der fachlichen Anleitung sowie der kontinuierlichen Begleitung und Unterstützung der ehrenamtlich engagierten Menschen betraut ist und dass ein ausreichender Versicherungsschutz für Schäden besteht, die die ehrenamtlich engagierten Menschen verursachen oder erleiden. Darüber hinaus muss eine mindestens zehn Stunden umfassende fachbezogene Schulung oder Fortbildung der ehrenamtlich engagierten Menschen nachgewiesen werden.

(3) Die Förderung nach Absatz 2 erfolgt pauschal auf der Grundlage der nachgewiesenen jährlichen Einsatzstunden der ehrenamtlich engagierten Menschen. Die Förderung beträgt bei 1. 500 bis 1000 Einsatzstunden 5000 EUR, 2. 1001 bis 1500 Einsatzstunden 7500 EUR und 3. mehr als 1500 Einsatzstunden 10 000 EUR. Abweichend von Satz 2 Nr. 1 beträgt die Mindestzahl der Einsatzstunden im ersten Jahr der Förderung 150 und im zweiten Jahr der Förderung 300.

(4) Der Höchstbetrag der Förderung nach Absatz 3 beträgt pro zugelassenem ambulanter Pflegedienst insgesamt 10 000 EUR im Jahr. Bei innerhalb des Gebiets eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt bestehenden Trägerverbänden beträgt der Höchstbetrag der Förderung 10 000 EUR pro dem Trägerverbund angehörenden zugelassenen ambulanten Pflegedienst; die Förderung erfolgt bei Trägerverbünden mit der Maßgabe, dass sich der Förderbetrag nach Absatz 3 Satz 2 Nr. 3 ab 1501 Einsatzstunden für jeweils 500 weitere Einsatzstunden um jeweils 2500 EUR erhöht.

(5) Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der jeweils für das Vorjahr nachgewiesenen Einsatzstunden. Im ersten Jahr der Förderung erfolgt eine vorläufige Förderung auf der Grundlage der voraussichtlich anfallenden Einsatzstunden; über die endgültige Förderung wird nach Prüfung des Verwendungsnachweises für das erste Förderjahr entschieden.


§ 7
Gesonderte Berechnung
gut nicht gefördeter Aufwendungen

(1) Pflegeeinrichtungen können betriebsnotwendige Aufwendungen im Sinne des § 82 Abs. 3 des Elften Buchs Sozialgesetzbuch gesondert berechnen, soweit diese nicht durch öffentliche Förderung gedeckt sind.


(3) Die gesondert berechenbaren Aufwendungen sind unabhängig von ihrer Laufzeit nach einheitlichen Grundsätzen gleichmäßig auf alle die Pflegeeinrichtung in Anspruch nehmenden Personen zu verteilen. Bei teilstationären Pflegeeinrichtungen, die nicht in Verbindung mit einer vollstationären Pflegeeinrichtung betrieben werden (soliäre Tages- oder Nachtpflegeeinrichtungen), erfolgt die Verteilung nach Tages- sitzen auf der Grundlage einer durchschnittlichen Belegung von 60 v. H., bei sonstigen stationären Pflegeeinrichtungen auf
Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz

(5) Zuständige Landesbehörde nach § 82 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.

§ 8
Anwendung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen

Soweit in dieser Verordnung keine besonderen Regelungen getroffen werden, finden für die Förderung die für die fördernden Stellen jeweils geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Regelungen über die Gewährung von Zuwendungen, Anwendung.

§ 9
In-Kraft-Treten


Mainz, den 7. Dezember 2005
Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit
M. Dreyer

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Druck: Justizvollzugsanstalt Diez, Limburger Str. 122, 65582 Diez.

Postanschrift: Staatskanzlei, Peter-Alsmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. (0 61 31) 16 47 67